

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Posen, Westpreußen, für das übrige Ausland 2.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siebentage“ und „Kleinigkeiten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einfache Spalte 6.70 Goldmark, Reklamierliste 4.- Goldmark. „Klein-Anzeigen“ das fertige Blatt 0.20 Goldmark (außerhalb und fernabwärts 0.30 Goldmark). Jedes weitere Blatt 0.10 Goldmark. Streifenblätter das erste Blatt 0.10 Goldmark, jedes weitere Blatt 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0.20 Goldmark, eine Goldmark — ein Blatt gerechnet nach 4.20.

Anzeigen für die n. u. d. R. Nummer, müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Telefon 292-295
Verlag: Telefon 2506-2507

Mittwoch, den 21. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postkonten-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Monarchistenregierung ohne Mehrheit.

Ein schwarzer Tag für Schwarzweißrot.

Große Tage im Reichstag und im preussischen Landtag, doch sehr verschiedene Tage! In Preußen befinden sich die Deutschnationalen noch in der Offensive gegen die Regierung Braun, für die Rechtsregierung. Im Reich kämpft aber die Rechtsregierung schon in kläglicher Defensive.

Schade, daß die preussischen Landtagsabgeordneten nicht der gestrigen Reichstagsfraktion beizutreten konnten! Sie hätten da Gelegenheit gehabt zu überlegen, ob es die Mühe lohnt, auch in Preußen so eine Luther-Regierung auf die zitternden Beine zu stellen!

Die Spuren sollten schreien! Es lag nicht daran, daß Gen. Breitscheid eine außerordentlich glänzende Rede hielt. Man weiß, daß Breitscheid ein ausgezeichnete Redner ist, und die Gelegenheit war günstig. Tatsache aber ist, daß diese Rede den Reichstag geistig beherrschte und bis weit in die Mitte hinein ebenso viel Zustimmung fand wie die Rede des Grafen Westarp. Widerstand und Ablehnung. Hätte das Haus nicht über die Regierungserklärung, sondern über jene beiden Reden abgestimmt, so würde sich eine erhebliche Mehrheit für Breitscheid gegen Westarp einstellen.

Es gab während der Rede Breitscheids zwei Zwischenfälle. Daß der sozialdemokratische Redner es wagte, über den Anzug des Zeitfreiwilligenwesens ein paar treffende Bemerkungen zu machen, hat ihm wütende Beschimpfungen der Rechten eingebracht. Natürlich ist er ein „Landesverräter“, obwohl er gesagt hat, daß es für die Nichträumung Kölns keine Gründe, sondern nur Vorwände gäbe und daß Deutschland attergestet habe wie noch nie ein Volk in der Weltgeschichte. Trotzdem soll die Charakterisierung der gelegentlich beliebten studentischen Soldatenspieler durch Breitscheid eine „Denunziation an Frankreich“ sein. Von Herrn Stresemann ist zu verlangen, daß er heute das Wort nimmt, um den außenpolitischen Schaden zu reparieren, der durch das Verhalten der Rechten hervorgerufen wird. Was auf dem Gebiet der sog. „Schwarzen Reichswehr“ vorgegangen ist, weiß man im Ausland ebenso gut wie im Inland. Beweis: die Note der Alliierten über die Nichträumung Kölns. Herr Luther hat erklärt, daß die Räumungsfrage durch Verhandlungen gelöst werden soll; das wird nur so möglich sein, daß man die Beschwerden der Gegenseite ehrlich nachprüft und abstellt, was abzustellen ist, nicht aber so, daß man erklärt: „Es ist alles nicht wahr!“ Wenn die Räumung Kölns davon abhängt, daß die Studenten von Dingsda das Soldatenspielen unterlassen, so wird man von ihnen das patriotische Opfer verlangen dürfen, daß sie auf diese törichte Spielerei verzichten.

Das ist Breitscheids Standpunkt, das ist unser Standpunkt, und das ist der Standpunkt, den die Regierung Luther übermorgen einnehmen wird, vorausgesetzt, daß sie übermorgen noch lebt. Notigenfalls wird das besetzte Gebiet ihr ihn klarmachen.

So ist der Rechten die „Demaskierung“ der Sozialdemokratie vorbeigeht. Desto gründlicher demaskierte sie sich selbst.

Als Genosse Breitscheid die Regierung Luther als eine Etappe auf dem Weg zurück zur Monarchie bezeichnete, erschall von rechts her der befriedigte Zwischenruf: „Gott sei Dank!“ Das Wort schlug wie eine Bombe ein. Zahlreiche Zentrumsabgeordnete, Wirth in der Mitte, sprangen auf und gestikulierten heftig nach der Rechten. Einen Augenblick sah es so aus, als ob zwei „Regierungsparteien“ miteinander ins Handgemenge geraten sollten. Der Reichsanwalt Luther wandte sich bestürzt und aufgeregt an den Reichsinnenminister Schiele; man hätte den Eindruck, daß er gegen die Undiszipliniertheit der Rechten höchst eindringliche Vorstellungen erhob. Nur langsam legte sich der Sturm.

Wie beliebt der Rechtspreffe dieser die ganze Situation blutig beleuchtende Zwischenfall gewesen ist, zeigt der Umstand, daß der „Lokal-Anzeiger“ den Zwischenruf „Gott sei Dank!“ auf einen Völkischen abzuschieben versucht, während das ganze Haus weiß, daß der Deutschnationale Everling der Zwischenrufer war und daß seine Offenherzigkeit auf den deutschnationalen Bänken lebhafteste Zustimmung gefunden hatte. So bleibt nur übrig festzustellen, daß der bisherige Vorherrscher der Deutschnationalen, Herr Schiele, Reichsinnenminister und oberster Hüter der Verfassung ist, während man gleichzeitig in der deutschnationalen Fraktion die Ansicht vertritt, diese Verfassung sei — „Gott sei Dank!“ — eine Etappe auf dem Wege zurück zur Monarchie.

Neben der großen Rede Breitscheids blieben die Ausführungen der Scholz, Westarp und Ruth Fischer

ohne erhebliche politische Bedeutung. Es genügt zu sagen, daß Scholz noch mehr lächelte und tänzelte, die Ruth Fischer noch mehr kreischte und der Graf Westarp noch bitterlicher und langweiliger war als gewöhnlich. Der Graf versuchte sich — sehr im Gegensatz zu seiner Situligarter Reichsgründungsrede — in regierungsoffizieller Staatsmännerel, ohne dabei doch edige Wendungen vermeiden zu können, die im Zentrum hart anstießen.

Das politische Ereignis der gestrigen Debatte war neben der Rede Breitscheids die Erklärung, die der Abg. Fehrenbach für das Zentrum abgab.

Diese Erklärung einer „Regierungspartei“ war sachlich so ziemlich das Vernichtendste, was über die Regierung Luther gesagt werden konnte. Schärfer und gründlicher kann man das totale Abhandeln in jeder Spur von Vertrauen nicht dokumentieren, als es hier geschehen ist. Herr Fehrenbach sprach langsam, Wort für Wort, Satz für Satz unterstreichend, und mit jedem Wort, mit jedem Satz wurde der Graben, den das Zentrum zwischen sich und die Regierung legte, breiter und breiter. Mit jedem Wort, mit jedem Satz gab Herr Fehrenbach der Rechten zu fühlen, daß sie sich mit ihrer Regierung in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Zentrum begeben habe, daß der Faden, an dem sie hängt, dünn und das Messer scharf sei.

Die Erklärung brachte wirklich Klarheit. Klarheit darüber, daß wir heute eine Rechtsregierung haben, die vom Zentrum toleriert wird, daß das Zentrum diese Toleranz zwar üben zu müssen glaubt, daß aber ein großer Teil seiner Anhänger dieses Verhältnis mit Gefühlen begleitet, die von Widerwillen und Abscheu nicht weit entfernt sind.

Das Zentrum ist geradezu mit Fußstapfen in die Gefolgschaft der Rechtsregierung gezwungen worden. Nun rächt sich diese Methode, und Herr Fehrenbach macht die Rechte mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß sich das Blatt gewendet hat. Die Rechte hat jetzt, was sie solange erstrebte: eine Rechtsregierung, die von der parlamentarischen Unterstützung des Zentrums ab-

hängig ist. Also kann auch das Zentrum für diese Unterstützung seine Bedingungen stellen.

Herr Luther schien an einigen Stellen der Zentrums-erklärung außer Fassung zu geraten. Rechts sah man verdugte Gesichter.

Aber das ist noch nicht alles. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die abweichende, doch zunächst die Annahme eines Billigungsvotums ankündigende Erklärung Fehrenbachs einem Teil der Partei bei weitem nicht genügt. Dieser Teil der Partei wird die Billigung der Regierungserklärung nicht mitmachen, und Herr Wirth trägt sich mit der Absicht, die abweichende Haltung dieses Teils auch öffentlich zu begründen.

Was vom Zentrum bleibt, wird immer noch ausreichen, um dem Billigungsvotum zu einer Mehrheit zu verhelfen. Herr Luther wird also seinen „Sieg“ haben, die deutschnationale Presse wird zur Ausmunterung ihres Publikums Viktoria schießen und Burzelbäume schlagen. Aber, was wird das für ein Sieg sein, ein Sieg wahrhaftig, daß es einen Hund erbarmen könnte!

Schon gestern hörte man im Reichstag raunen, daß eine Regierung, die so beginne, eigentlich schon erledigt sei, da sie im Inland wie im Ausland jedes Credits und jeder Autorität ermangele. Aber ob diese Regierung länger lebt oder ob sie stirbt, hängt vom Zentrum ab. Vom Zentrum hängt es ab, ob diese Monarchistenregierung ohne Mehrheit in der Republik solange das Ruder führen soll, bis äußere und innere Katastrophen eintreten. Vom Zentrum hängt es ab, ob in Preußen wiederholt werden soll, was sich unter dem Gesicht der Welt, zur Schadenfreude aller Begner Deutschlands, im Reich abspielt. Herr Heß vom Zentrum hat gestern im Preußenhaus tapfere Worte gesprochen. Aber auch er wird sich darüber klar sein, daß die großen politischen Fragen im Reich und in Preußen in einer einigermassen einheitlichen Weise gelöst werden müssen. Soll das Preußenzentrum den Weg des Reichszentrums

Der Eid des Herrn v. Schlieben.

„Dem König stets und unter allen Umständen getreu!“

Der Ministerialdirektor v. Schlieben ist Finanzminister der Republik geworden. Er hat den Eid auf die republikanische Verfassung schon als Beamter geschworen, es hat ihm nicht so weh getan wie das Sichtschießen. Nebenbei: ist denn Herr Reuhaus, der Eidverweigerer von 1919, als Minister schon verabschiedet?

Aber der Herr v. Schlieben leistete auch andere Eide, und die sind wert, daß man sie genauer ansieht. Er ist zum Beispiel, als er schon republikanischer Ministerialdirektor war, Mitglied des Johanniterordens geworden. Dabei hat er alle in der Ordensregel vorgeschriebenen Gelübde ablegen müssen. Unter diesen befinden sich auch diese beiden heute besonders aktuellen Gelöbnisse:

Zu 3 hat er zu bekennen und zu geloben, daß er der königlichen Majestät von Preußen, dem Landesherren und hohen Patron der Ballen stets und unter allen Umständen getreu, gehorlig und gehorsam sein, die Wohlfahrt und das Beste des Vaterlandes suchen und erstreben und mit Daranwagen des Leibes und Lebens für den König und das Vaterland müßig und unerschrocken sterben wolle.

Zu 5 endlich hat er zu bekennen und zu geloben, daß er die Ehre des Ordens überall wahren, sein Bestes befördern und den Oberen im Orden, besonders einem jeden regierenden Meister in diesem Meistertum nach den Satzungen des Ordens stets willigen Gehorsam mit aller Treue und Ehrerbietung leisten, auch in allen Städten und an allen Orten daheim und öffentlich in eigenen und fremden Sachen sich, wie es einem christlichen Ritter ziemt, erhalten und erweisen soll.

Alle diese Gelübde hat jeder „Chrenritter“ des Johanniterordens abzulegen, wenn auch vorsichtigerweise durch Bestimmung vom 14. Februar 1922 das Gelübde zu 3 „zurzeit nicht zu verlesen“ ist. Für jeden „christlichen Ritter“ ist aber das Ordensgebot in allen seinen Teilen bindend, auch wenn zu 3 zurzeit nicht verlesen wird.

Damit niemand das vergesse, ist dafür gesorgt, daß die „königliche Majestät von Preußen“ durch ihren Sohn, den Eitel Friedrich, als „Herrenmeister“ gebührend vertreten ist.

Jeder der „Ritter“, die das Gelübde abgelegt haben, also

auch der Herr v. Schlieben, erhält dieses prachtvolle Diplom:

(Johanniter-Kreuz.)

Wir Wilhelm Eitel Friedrich Christian Koel

von Gottes Gnaden Prinz von Preußen, Herrenmeister der Ballen Brandenburg des ritterlichen Ordens St. Johannis vom Spital zu Jerusalem, tun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir

nach Prüfung seines Gesuches durch das Ordenskapitel als Chrenritter dieses Ordens angenommen haben, weshalb Wir, als Herrenmeister der Ballen Brandenburg, demselben darüber das gegenwärtige Patent unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift ausfertigen und solches mit Unserem Ordens-Inselgel versehen lassen.

So geschehen — den —

Der Finanzminister der deutschen Republik besitzt ein Ordenspatent, das ihm ein „Prinz von Gottes Gnaden“ ausgefertigt hat!

Der Finanzminister der deutschen Republik hat diesem „Prinzen von Gottes Gnaden“ als „regierenden Meister“ „stets willigen Gehorsam mit aller Treue und Ehrerbietung“ gelobt!

Der „Herrenmeister der Ballen Brandenburg“ und „Prinz von Gottes Gnaden“ ist rechtskräftig wegen Kapitalverschlebung ins Ausland bestraft!

Der Finanzminister der deutschen Republik gelobt „mit aller Treue und Ehrerbietung willigen Gehorsam“ einem Manne, der als Kapitalverschieber verurteilt ist!

Herr v. Schlieben leistet auch der Verfassung der Republik einen Eid!

gehen? Soll das Reichszentrum dem Beispiel des Preußenzentrums folgen? Um diese Frage zu beantworten, genügt es zu überlegen, was die Regierung Braun in mehr als drei Jahren für Preußen und ganz Deutschland geleistet hat und wie die Regierung Luther am zweiten Tag ihres Daseins aussieht.

Eins freilich muß man der Regierung Luther lassen: sie garantiert einen ungeheuren Sieg der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen. Aber schließlich können wir Sozialdemokraten auch siegen, ohne daß man es uns so leicht macht — und außerdem: wie oft will man noch das Spiel wiederholen, den Karren in den Dreck zu fahren und ihn dann von der Sozialdemokratie wieder herausziehen zu lassen?

Durch Schaden klug zu werden, dazu hätten die deutschen Wähler bisher wirklich schon Gelegenheit genug gehabt!

Brutale Macht, unbedingtes Herrentum...

Eine Warnung aus dem Kreise Stegerwalds.

Das Blatt Stegerwalds „Der Deutsche“ knüpft an die gegen den Bürgerblock gerichtete Kundgebung der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands folgende Betrachtungen:

„Im Arbeitgebertum hat das sozialreaktionäre Element die Oberhand. Rücksichtslos mißt es die ihm gegebene Macht aus. Unter der Begründung, daß die deutsche Wirtschaft sich in besonderer Notlage befindet, suchen sie mensch unwürdige, lange Arbeitszeiten — z. B. bei den Schwerarbeitern — zu verewigen, die Arbeitszeit in den meisten Berufen zu verlängern, eine Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung zu verhindern, die soziale Gesetzgebung in ihren praktischen Auswirkungen gegenüber den Arbeitnehmern zu schmälern usw. Auf dem Gebiete des sozialen Rechts, wo eine Notlage der Wirtschaft gar nicht von entscheidender Bedeutung sein kann, sind die antisozialen Kräfte nicht minder tätig. Hier offenbart sich ihre wahre Gesinnung. Nichts gilt, als die brutale Macht, das unbedingte Herrentum. Gegen die antihumanen Stellen, die in besonderer Weise berufen sind, in der Umbauung gesunder sozialer Verhältnisse tätig zu sein, wird ein hartnäckiger Kampf geführt. Dem Reichsarbeitsministerium gilt zunächst dieser Kampf. Staatliche Schlichtungsstellen werden sabotiert, Tarifverträge zertrümmert. Die Arbeitsgemeinschaften sind längst zu einem Schemen geworden. Die gelben Arbeitervereine werden gehänselt. Dem einzelnen Arbeiter läßt man die Macht des Unternehmertums so fühlen, als ob nur Ordnung herrschen könne, wenn man der Arbeiterschaft das Antlitz auf die Brust und die Faust auf die Kluge halte. Vom Willen, im Arbeiter den gleichberechtigten Menschen zu sehen, findet sich vielfach keine Spur mehr. Stärkstens werden diese Zustände in Westdeutschland empfunden, wo die Schwerindustrie dominiert. Ruhrkampf, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnrückgang haben hier die Arbeiterschaft wirtschaftlich ungemein geschädigt. Und nun dazu diese Behandlung! Daß so die Dinge nicht weitergehen können, weil sie eines Tages zur gewaltsamen Erhebung treiben müssen, das ist die feste Überzeugung aller um das Wohl des deutschen Volkes Besorgten. Warnend hat — jumeist im Anschluß an die Propagandareisen von Arbeiterjugend — die christlich-nationale Arbeiterschaft in einer Reihe von Versammlungen bereits ihre Stimme erhoben.“

Adam Stegerwald gehörte lange Zeit zu jenen, die die reaktionären Parteien umwarben und von ihnen alles Heil erhofften. „Der Deutsche“ folgte seinen Spuren. Es ist darum bezeichnender als alles andere, wenn „Der Deutsche“ gerade in den Tagen, wo eines der früheren Ziele Stegerwalds, das rechtsgerichtete Bürgertum, in Erfüllung geht, sich genötigt sieht, eine derartige Sprache zu führen.

In der Tat, die Sozialreaktion ist auf dem Marsche! Sie wird versuchen, das, was auf anderem Wege nicht zu erreichen ist, durch das Kabinett Luther zu erringen

und das Zentrum kommt um eine klare Entscheidung nicht herum. In Preußen und im Reich! Fällt das Kabinett Braun in Preußen, dann wird es schwer sein, die Sozialreaktion im Reich aufzuhalten. Denn die Rechtsparteien kennen, wie das Blatt Stegerwalds sehr richtig sagt, nur die Devise der brutalen Macht und des unbedingten Herrentums; in der Politik wie in der Wirtschaft. Für friedliche Vermittlungsversuche haben sie kein Verständnis und deshalb bleibt nur eins übrig: klare Entscheidung und klare Scheidung. Im Reich wie in Preußen.

Die Spannung im Zentrum.

Erregung am Rhein.

Köln, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Differenzen, die in der rheinischen Zentrumspartei aus Anlaß der Regierungsbildung entstanden sind, scheinen sehr ernster Natur zu sein. Am Dienstag tagte in Köln eine stark besuchte Sitzung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei, um zu dem Streit innerhalb der Parteiorganisation Stellung zu nehmen. Der bisherige Reichskongress Marx hat den Beratungen dieses Ausschusses persönlich beigewohnt. Die Erbitterung der rheinischen Zentrumsoption richtet sich zu einem wesentlichen Teil gegen den Vorstand der Reichstagsfraktion, weil man bestimmt erwartet hatte, daß die Fraktion auf ihrem ursprünglichen Beschluß gegen eine Teilnahme an einem Rechtskabinett beharre.

Schließlich wurde folgende Erklärung angenommen: „Der am 20. Januar 1925 in Köln verammelte Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei legt seine Auffassung über die politische Lage in folgenden Sätzen nieder: 1. Der Provinzialausschuß entbietet dem bisherigen Reichskongress Marx Grüße und aufrichtigen herzlichen Dank für seine vorzügliche Arbeit im Dienste des Vaterlandes. Er beklagt es aufs tiefste, daß es parteipolitisch nicht gelungen ist, die Stellung des Reichskongresses Marx zu unterhöhlen und die Fortführung der bisherigen Politik, die gerade dem besetzten Gebiet große Erleichterungen gebracht hat, zu gefährden. 2. Die Verantwortung für die Wendung, welche die rheinische Zentrumspartei mit großer Besorgnis betrachtet, fällt in vollem Umfange der Deutschen Volkspartei zu. 3. Dem Kabinett Luther steht die rheinische Zentrumspartei kühl abwartend gegenüber. Sie vertraut darauf, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags dem Kabinett nur so lange ihre Unterstützung leiht, als der bisherige Kurs der Mitte der Innen- und Außenpolitik eingehalten wird.“

Betrachtungen aus dem Rheinland.

Köln, 20. Januar. (Mit.) Die „Kölnische Zeitung“ setzt sich mit der Haltung des Zentrums auseinander, bei dem man berücksichtigen müsse, daß es zwar als Partei nicht zur Opposition gehöre, daß ihm aber der oppositionelle linke Flügel nur eine sehr vorzügliche Teilnahme an der Regierung Luther gestatte. Auf die Frage der „Germania“: „Worum diese Krise, wenn doch alles beim Alten bleibt?“, glaubt die „R. Z.“ die einzige Antwort geben zu können, daß es so der Deutschen Volkspartei darauf ankomme, für ihre unendliche Politik eine Mehrheit im Parlament zu finden, ein Ziel, das auch Marx nach der Annahme des Londoner Abkommens als notwendig anerkannt hat. (1) Es wäre im Interesse der Gelandung uneres Parteimeins zu wünschen, wenn man die demutet oder unedemutet, jedenfalls objektive Gleichsetzung von Koalition und Politik der Mitte endgültig aufgeben. Endlich empfiehlt das Blatt dem neuen Reichkanzler, so schnell wie möglich eine Umgestaltung des Wahlsystems auszuarbeiten, die der Bürokratie der Parteien ihre Macht nimmt und das Schicksal des Volkes in seine eigene Hand zurückverlegt.

Die „Kölnische Volkszeitung“ stellt angesichts der Regierungserklärung die Frage, welchen Zweck eigentlich diese monatelange Krise gehabt habe, worin der programmatische Unterschied bestehe, der einen Wechsel der Regierung — noch dazu eine Dauerkrise gefährlichster Art — sachlich notwendig erscheinen

lassen könnte. Muße Marx darum gestürzt werden, damit jetzt die Fortführung seiner Politik als Regierungsprogramm verkündet werden konnte? Der Deutschen Volkspartei, so meint das Blatt, könne es nur lieb sein, wenn die Deutschnationalen etwas mehr nach der Mitte rückt scheinen als sie selbst nach rechts. Etwas schwieriger aber dürfte es den Deutschnationalen werden, dabei eine harmlose Miene zu bewahren und gleichzeitig die Kritik in den eigenen Reihen, die bereits mit großer Schärfe die Haltung der Partei schlechthin als Unfall, als Preisgabe ihrer eigenen Grundsätze und Forderungen hinzustellen sucht, einigermassen zu beschwichtigen. „Wir sind wirklich einigermassen gespannt“, so fährt die „R. V. Z.“ fort, „wielange das gut geht. Nicht, als ob wir den verfohlten Wunsch hegten, die deutschnationale Anhängerschaft möchte rebellieren und ihre Fraktion nötigen, alsbald aus ihrer gegenwärtigen realpolitischen Friedfertigkeit herauszutreten; im Gegenteil, wenn es Dr. Luther gelingt, die Erziehung der Nation zu Staatsbürgern, was er als sein Ziel aufstellt, vorab bei den Deutschnationalen erfolgreich zu erproben, würden wir die Ersten sein, die ihn dazu aufrichtig beglückwünschen werden. Aber die Erfahrungen, die wir gemacht haben, geben uns leider keinen Grund, die Entwicklung optimistisch zu beurteilen, ebensowenig wie aus der Zusammensetzung des Kabinetts nach dieser Richtung hin ermutigen könnte. Die Wandlungsfähigkeit des Herrn Dr. Stresemann, der die Kulisse stellte, erscheint uns zwar bedeutend, hingegen die Wandlungsfähigkeit der Deutschnationalen einstmals wenigstens nicht bewiesen. Warten wir also weiter ab, wachsam und Bewehr bei Fuß.“

Die „Rheinische Zeitung“ interessiert insbesondere der Eintritt des Freiherrn von Schlieffen als Reichsfinanzminister in das Kabinett, der ein Hauptvertreter des Besetzungsumschlags: oben viel, in der Mitte wenig und unten nicht! gewesen sei und als weitere Stütze der Deutschnationalen in der Reichsregierung zu gelten habe. Die Regierungserklärung mit ihren scharfen Worten zur Richtrührung der Kölner Zone und zur Kriegsschuldfrage sei, alles in allem, ein vollkommener Zusammenbruch deutschnationaler Außenpolitik. Die Deutschnationalen verminderten außenpolitisch auch nichts anderes zu bieten als Ebert und Scheidemann, als Rathenau, Wirth und Eysberger. In der Innenpolitik kein Wort zur Flaggenfrage, dafür ein Populärbekenntnis zur Republik, dessen Bedeutung man von dem Bescheid des Reichswirtschaftsministers und ehemaligen Kapitäns Dr. Neuhaus ablesen kann.

Das „Kölnische Tageblatt“, das im wesentlichen eine demokratische Richtung verfolgt, fordert angesichts der Rechtsentwicklung der Haltung im Reich Festigkeit der Koalitionsparteien in Preußen. Der Deutschen Volkspartei müsse unzweideutig klargemacht werden, daß die sogenannte Kleine Koalition die einzige staatspolitische Möglichkeit in Preußen darstelle. Die Wirkungen wären nicht abzusehen, wenn man in dem einzig ruhenden Pol in der Erscheinungen Preußen, dieselben Experimente macht wie im Reich.

Auslandsstimmen zur Rede Luthers.

Paris, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Von den Abendblättern beschäftigt sich nur der „Temps“ mit der deutschen Regierungserklärung. Er bezeichnet sie als völlig nichtsagend, so daß man sich nicht wundern dürfe, wenn sie von allen Parteien sehr kühl aufgenommen worden sei. Herr Luther bemühe sich vergebens, so erklärt das Blatt, seinem Kabinett den Anschein einer über den Parteien stehenden Regierung zu geben; sie sei so von reaktionärem Geiste durchtränkt, daß sie aufs Haar dem Kabinett Cuno gleiche, mit dem einzigen Unterschied, daß dieses wenigstens den Mut gehabt habe, sich offen zu seinen Tendenzen zu bekennen. In den innenpolitischen Erklärungen des Kanzlers sieht das Blatt den Auftakt zu dem Versuch, die Verfassung von Weimar von innen heraus zu unterhöhlen und so der monarchistischen Restauration in Deutschland die Wege zu ebnen, in seinen außenpolitischen Erklärungen das offizielle Bekenntnis zu der von den Deutschnationalen bei der Annahme des Danes-Planes aufgestellten Forderung nach dessen Revision, was praktisch auf eine neue Politik

Ein neues Wunder der Technik.

Das Planetarium der Firma Zeiss.

Fahles Dämmerlicht erfüllt den Raum der Kuppel, die man umläuft auf dem Dache des Abnehmerhauses der Zeiss-Werke in Jena errichtet. Mehr als hundert Menschen lassen sich auf bereitstehende Stühle nieder, und ehe noch der letzte Stuhl besetzt ist, schließt sich die Lüre, die sie einfließt.

Die Silhouette der Stadt und ihrer Umgebung, wie man sie von dieser Stelle auch in Wirklichkeit sehen würde, schließt die Wölbung der Kuppel nach unten ab. Ein Apparat beginnt zu summen.

Ein Wunder geschieht.

Ins Endlose jenseits das dunkle Gewölbe, das uns umgibt. Sterne leuchten auf in felterer Arbeit.

Im Nacht verwandelt sich der Tag, der draußen, irgendwo auf den Bergen, noch lagert, bereit zum Sprunge in die Nacht, die hier schon geschah. Wolkenloser Himmel schenkt zahllose Bilder stehender Sterne. Erinnerung wächst in das Hirn.

Man sucht bestimmte Sterne.

Keiner fehlt. Ein jeder hat seine Lage. Wie immer. Das gilt eine Probe. Dort muß heute der Mars... Im Reigen von 45 000 sichtbaren Sternen erglänzt sein zuckendes Rot am vorbezeichneten Ort.

Und nun steigt der Mond herauf. Langsam, doch sieht man ihn steigen. Die Zeit rast vorüber. Beschleunigt vom Willen des Menschen, der die seltsame Maschine bedient, die da vor uns summt.

Eine Tag, gedrängt in vier Minuten.

Langsam zieht der Mond seine Bahn.

Raum geht er unter, erglänzt im Osten die Sonne. Die Sterne, die sonst vor ihrem Glanze erblasen, behalten ihr Licht. Die Sonne; ein Stern unter Sternen. Näher nur, darum größer. Und nun bleibt sie stehen, hoch im Zenith. Die Erde behält ihre Mittagsstellung. Wir sehen den Reigen der Sterne sich erfüllen. Ein Jahr, gedrängt in Minuten. Sternbilder steigen, versinken. Verständlich wird das Wort Wandelkreis. Stets aber sehen wir am gleichen Punkt den Polarstern des Nordens. Der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.

Bewegung wird klar, nun der Wille des Menschen sie verzögert oder beschleunigt. Kompliziert ist der Lauf der Planeten, die die Erdbahn umschließen. Kurven zieht ihre Bahn, vorwärts, rückwärts, seitlich gehemmt, dann wieder essend der Sonne nach, die sie nur langsam in jahrelangem Lauf wiederholen. Jeder Umlauf, mühsam errechnet von bildsameren Gelehrten, die Geahntes durch mühsame Berechnung beweisen, wird sichtbar durch die willkürlich gesteuerte Schnelligkeit des Umlaufs.

Alles rückt ins Blickfeld. Keine Frage blieb offen als die: wie kam zustande, was wir hier sehen?

Da erhellt sich wieder die Kuppel. Die Sterne verschwinden und im nächsten geweihten, wüßigen Raum summt ein Rotor mit seltsamen Spitzen und Hebeln.

Das neueste Werk der Firma Zeiss. Erbaut in 6 Jahren. Folgend dem Auftrag des Dr. v. Müller (München), der 1914 einen Apparat wie diesen für das Deutsche Museum zu München in Auftrag gab, an dessen Erdentung und Bau man 1918 ging.

an drehbarer Kuppel. Doch schwierig wäre es gewesen, die Bewegung der Planeten zu zeigen, unabhängig vom Stande der Sterne, schneller als diese den Standort wechseln.

Da kam Ingenieur Dr. Bauersfeld darauf, das Ganze auf eine feststehende Kuppel zu projizieren. Man blieb bei diesem Plan.

Einunddreißig Projektionsapparate projizieren die zweiunddreißig Felder des Himmels, von denen eins (Südpol) stets unsichtbar bleibt. Ein weitere Apparate braucht man für die Projektion der Milchstraße, während man dreißig Apparate für die Sternbilder einbauen mußte, deren Name auf besondere Einschaltung am Himmel erscheint.

Aus diesen zweiunddreißig sinnreich gekuppelten Projektionsapparaten besteht die neue Maschine, die durch zwei Rotore getrieben, das Bild des Sternhimmels für jeden Augenblick der vergangenen und kommenden 25 000 Jahre wissenschaftlich einwandfrei aufzeigt.

Mit den Apparaten für die Projektion der Planeten ist die Maschine, die im Mittelpunkt eines Raumes von 16 Metern Durchmesser steht, eine der kompliziertesten der Welt. Die durch sie ausgeführte Tätigkeit einstellbar einzig. Eine zweite ist im Bau und soll in Jena verbleiben, während diese im Deutschen Museum zu München aufgestellt wird.

Erich Grisar.

Volksstämmliches Konzert in der Singakademie. Während unsere großen Konzertdirektionen kulturell entweder vollständig ausruhen oder sich darauf beschränken, alle möglichen und unmöglichen Stars zu unmenichlichen Preisen in die Arena zu treiben, hat der bescheidene Böhmson eine sehr begrüßenswerte Neuerung geschaffen, die volkstümlichen Sonntagvormittagskonzerte. Hier wird für billiges Geld gute, gesunde Kost geboten, meist in der Mischung von Solfège und Kammermusik.

Die 17. Ratinee bestritt ausschließlich der jehige Dresdener philharmonische Konzertmeister Stefan Frenkel mit Hermann Hoppe als Assistenten. Die feinsinnigste der drei Kriegsnotizen, die in G-Dur, einer der Solofonoten mit Fuge von Regner, Stücke von Sutt und Smetana, schließlich das unverwundliche D-Moll-Konzert von Beuquemps bildeten das Programm. Um die Kriegsnotizen wehte trotz des mitleidenden Tempos noch etwas läßliche Luft, der letzte Satz verlor auch durch das selbe einen Teil seiner poetischen Zigeunerromantik. Auf höchster Stufe stand die Interpretation der Regenerschen Solofonote. Unvergleichlich waren die Solofstücke und das Beuquemps-Konzert, speziell das wunderbare Adagio mit seinem Wagner-Aufgang. — Stefan Frenkel ist trotz seiner 24 Jahre heute ein fertig Abgeschlossener, ein Führer. Seine vollendete Technik, sein phänomenaler Klanginn, seine temperamentsprühende Rhythmik, keine obdult reiche Musikalität haben keine Spur von Sturm und Drang mehr an sich, wenn man seinen Hang nach Ueberreizung der schnellen Tempi nicht dazu rechnen will. Ja, die schmaltzige Sentimentalität, der mehr als ein Star seine Hauptrolle verdankt, verachtet er so sehr, daß man da und dort ein paar Tropfen seinen Kantikonen hinzuwünschen möchte. Der vornehme strenge Geschmack seiner Interpretation würde dadurch sicherlich nicht leiden. — Hermann Hoppe ist ein vorbildlicher Kammermusiker und Begleiter. Warum nur so oft unsere großen Virtuosen sich mit den meist müden und unperfekten Begleitungsspezialisten begnügen, wo so vortreffliche, warmblütige, befeindringliche Hilfe winkt?

H. M.

Ein Rehergericht in Amerika. Bischof Brown im Staate Arkansas war vor kurzem von dem aus acht Bischöfen bestehenden Kirchengenicht der Irrefreie schuldig befunden und ist jetzt, nachdem seine gegen das Urteil eingelegte Berufung von der obersten Kirchenbehörde verworfen wurde, seines Amtes entsetzt worden. Die oberste Kirchenbehörde bestätigte das erste Urteil, das ihn der Regelei schuldig spricht und für unwürdig erklärt, sein geistliches Amt noch länger auszuüben. Bischof Brown hatte öffentlich seiner Ansicht Ausdruck gegeben, daß die unbestimmte Empfangnis Maria nichts weiter als eine Fabel sei, und er hatte ferner in einem Buch, das er unter dem Titel „Kommunismus und Christentum“ hat erscheinen lassen, den Satz geschrieben: „Verbannet Gott aus seinem Himmel und die Kapitalisten von der Erde“. Er erklärt, daß er sich bei diesem Richterpruch, der ihn „geradewegs in die Hölle schickt“, nicht beruhigen werde.

Der liebgewordene Beruf. Auf Wunsch des polnischen Kriegsministers sollen in Polen künftighin Hinrichtungen nicht mehr vom Militär vollzogen werden und anstatt der standrechtlichen Erschießung durch Soldaten die Vollstreckung der Todesstrafe durch Erhängen eintreten. Nach Bekanntmachung dieser Forderung erhielt die Kanzlei des Sejm ein Schreiben, dessen Absender sich um den Posten eines Henters bewarb. Der Bewerber bittet darin, seine Eingabe dem Sejm vorzulegen und ihm das Amt eines Scharfrichters zu übertragen. Zu seiner Empfehlung beruft er sich darauf, früher Lehrling und darauf Gehilfe und Stellvertreter eines Scharfrichters in der österreichisch-ungarischen Monarchie gewesen zu sein; er ziehe es aber vor, „den ihm liebgewordenen Beruf in seiner Heimat Polen auszuüben“. Neben seinen Gehaltsansprüchen ersucht dieser sonderbare Bewerber auch noch dringend um Geheimhaltung seines Namens und um polizeilichen Schutz auf seinen Reisen zur Vollstreckung von Todesurteilen. Der Warschauer „Robotnik“ bemerkt dazu, daß unter allen Kuriositäten der Nachkriegszeit dieses Gesuch eines Polen, der lieber seine Sandaleute als andere hängen wolle, doch alles übersteige, was man bisher gesehen und gehört habe.

Englische Ausstellung in Düsseldorf 1926. Im Zusammenhang mit dem großen Kongress der deutschen Kaufmänner und Reize veranstaltet die Stadt Düsseldorf im Jahre 1926 eine „Große Ausstellung für Gesundheitswesen, für soziale Fürsorge und Lebensübungen unter der Mitwirkung des preussischen Staates“.

Das Werbemessen als Lehrgegenstand. An der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf begannen Vorlesungen über Werbemessen. Die im Hinblick auf die Arbeiten der Werbestätten für Werbemessen gehalten werden. Mit Abhaltung der Vorlesungen ist Dr. Albert Heuser, der aus Dogen für Werbemessen an der Akademie der Stadt Düsseldorf ist. Die Kunstakademie Düsseldorf dürfte die erste Kunsthochschule Deutschlands sein, die das Werbemessen in den Lehrplan aufgenommen hat.

Das Ende des ältesten Wollenskrähers. Der älteste Wollenskräher Rem Paris und damit der Welt, das vor 40 Jahren erbaute zehnstöckige Wollenskrähwerk, das damals für ein Wunderwerk der Technik galt, wird jetzt abgerissen werden. Die Holzpläne, auf denen es errichtet war, waren das Gerüst nicht mehr trocken. Viele Jahre stand hier die Wollenskräher. Jetzt hat Rem Paris das Haus an eine Gesellschaft verkauft, die an seiner Stelle ein 34stöckiges Gebäude mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Dollars aufbauen wird.

Familienrat derer vom Gröbenwahn. Betrefflich der diesjährige Doll der Familienrat, der am 14. Februar in den Gemächern der Wollenskräher stattfand.

der passiven Resistenz hinausläufe. Herr Luther habe den Beratern der auswärtigen Presse erklärt, daß er besonderes Gewicht auf die Aufnahme lege, die sein Kabinett in der öffentlichen Meinung des Auslandes finden werde. Trotz der feierlichen Erklärung, daß er die Politik seines Vorgängers fortsetzen werde, und trotz der Wählung, die er sich in der Form auferlegt habe, könne das Ausland einem nationalsozialistischen Kabinett in Deutschland nicht anders als mit schwerem Mißtrauen gegenübersehen. Vertrauen könne nur ein wirkliches demokratisches Deutschland einflößen.

Amsterdam, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die prognostischen Erklärungen Dr. Luthers über die Politik der neuen Reichsregierung finden in den Niederlanden keine günstige Presse. Die Rede Dr. Luthers wird mehr als klägliche Ausrede denn als politische Plattform der neuen Männer bezeichnet. Schon die Tatsache, daß Dr. Stresemann seine schamlose Aufsehenpolitik fortsetzen könne, schreibt der „Courant“, eine Tatsache, die durch die nichtsagenden und dennoch doppeldeutigen Erklärungen Dr. Luthers unterstrichen werde, müsse das Ausland zur äußersten Skepsis gegen die Regierung der sogenannten Vaterländischen Parteien stimmen, deren einflußreiche Mitglieder ihre Politik bisher in den Dienst der Unterbühlung der Weimarer Verfassung gestellt haben.

Jülich, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt zu der Rede Dr. Luthers: „Daß die deutschnationalen Minister zugleich die verhängnisvolle, besondere Art ihrer Partei, Außenpolitik zu treiben, im neuen Kabinett zur Geltung bringen werden, ist zwar unwahrscheinlich. Kein Geringerer als der Führer ihres rechten Flügels, Graf Westarp, hat sich veranlaßt gefühlt, zu erklären, durch den Eintritt der Deutschnationalen werde die Ausführung des Dawes-Planes nicht gefährdet werden. Er spricht aber im selben Atemzug die Weisheit aus, angesichts des Vertragsbruches des Feindbundes heiße es, die Wege der Politik zu wenden. Wenn damit gesagt sein sollte, daß die Deutschnationalen die Erfüllungspolitik widerwillig annehmen, im übrigen aber eine strammere „nationalere“ Haltung der Regierung wünschen, wenn sich dies vielleicht auch nur im Tone des diplomatischen Rotenwechfels auszudrücken hätte, so wären die Aussichten für die Förderung der moralischen Stellung der deutschen Republik in der Welt wirklich vielversprechend. Man darf wohl Graf Westarp glauben, daß sich die Deutschnationalen „einsteilen“ mehr mit innen- als außenpolitischen Fragen befaßt werden. Ihrer Vorliebe für die Innenpolitik ist im Kabinett dadurch Rechnung getragen worden, daß dem deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Schiele das Innenministerium anvertraut wurde.“

Genf, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungserklärung wird von der Schweizer Presse sehr skeptisch aufgenommen. Die „Basler Nationalzeitung“ nennt das Regierungsprogramm ein Programm der Unehrlichkeit, weil Luther selbst bei bestem Willen niemals in der Lage sein dürfte, es durchzuführen infolge der monarchistischen Kabinettszusammensetzung. Das Programm stelle eine Verhöhnung für ein mißtrauisches Parlament dar und sei eine Verbeugung gegen rechts. Es bestehe kein Zweifel, daß die schönen Versprechungen auf dem Papier in Wirklichkeit bald anders aussehen würden.

Noch ein Mißtrauensantrag!

Zur politischen Aussprache im Preussischen Landtag ist nach folgender deutschnationaler Antrag eingegangen: Der Landtag wolle beschließen: Der Ministerpräsident und Minister der Finanzen und für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Braun, der Minister des Innern, Seewering, und der Minister für Handel und Gewerbe, Sieling, besitzen nicht das Vertrauen des Preussischen Landtages.

Soziale Fragen im Ausschuss.

Ein sozialdemokratischer Antrag angenommen.

Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung zunächst mit einem Gesetzentwurf über das Reichsgerichtsamt. Ministerialdirektor Dr. Griseh vom Reichsarbeitsministerium machte zur Begründung geltend, daß zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen im allgemeinen der Reichsausschuss für Ärzte und Krankenkassen bestellt sei. Der Interessenausschuss bei Schlichtung von Gesamtverträgen und die Schlichtung von Streitigkeiten aus den Verträgen obliegen den Schlichtungsämtern, die bei den Oberversicherungsämtern gebildet sind, und dem Reichsgerichtsamt beim Reichsoberversicherungsamt. Diese Einrichtungen seien soziale Selbstverwaltungsglieder des öffentlichen Rechts, in denen gewählte Vertreter der Ärzte und Krankenkassen unter Mitwirkung von Unparteiischen im Rahmen der Gesetze die kassenärztlichen Angelegenheiten selbst ordnen, Recht schaffen und Recht anwenden, wie die Zwecke der Krankenversicherung und die Bedürfnisse der beteiligten Personen es erfordern. Da nach den Erfahrungen des letzten Jahres die Zuständigkeit des Reichsgerichtsamts für die praktischen Bedürfnisse sich als zu eng erwiesen habe, sollen — um die Gefahr einer Rechtsunsicherheit abzuwenden und um die Rechtseinheit zu fördern — die bestehenden Vorschriften über die Zusammenfassung zugunsten des Selbstverwaltungsrechts geändert werden.

Nach kurzer Aussprache nahm der Ausschuss den Gesetzentwurf in der Regierungsfassung an.

Es folgte die Behandlung eines sozialdemokratischen Antrags, der in der Verordnung über

Die Fürsorge für erwerbslose Seelente

vom 30. Oktober 1924 im § 1 Abs. 3 die Ziffer 1 zu streichen wünscht. Abg. Schumann (Soz.) führte dazu aus, daß ursprünglich die Einrichtung einer Fürsorge für alle erwerbslosen Seelente geschaffen werden sollte, während die in dem sozialdemokratischen Antrag erwähnte Verordnung den Beschäftigten der Hochseefischerfahrzeuge die Antimarität auf die Fürsorge verlege. Diese Herausnahme der Hochseefischerfahrzeuge wurde damit begründet, daß die Hochseefischer einen Saisonbetrieb darstellen, so daß die Arbeiter von jeder mit Unterbrechungen des Betriebes rechnen müssen und daß sie schließlich höhere Löhne, als sonst in der Seefahrt üblich seien, bezögen. Redner wendete sich in längeren Ausführungen gegen diese Gründe. Die Hochseefischer werde das ganze Jahr hindurch aufrechterhalten. Der Verdienst der Mannschaften stände keinesfalls im Durchschnitt über dem Verdienst der Mannschaften in der Großschifffahrt. Somit sei in keiner Weise das Merkmal eines Saisonbetriebes gegeben.

Nach eingehender Diskussion machte Reichsarbeitsminister Brauns Ausführungen über die gesetzlichen Möglichkeiten einer Aenderung der Verordnung. Er machte darauf aufmerksam, daß die prinzipielle Frage der Behandlung des Saisongewerbes in der Versicherung wahrscheinlich in den nächsten Monaten durch ein neues Gesetz endgültig geregelt würde. Er verzichtete sich aber auch nicht einer sofortigen Aenderung, wenn der Reichstag sie auf Grund der Lage der Hochseefischer für notwendig erachtete.

In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen: Die Regierung wird ersucht, die Fürsorge für erwerbslose Seelente auch auf die in der Hochseefischerfahrzeuge beschäftigten Seelente schleunigst auszudehnen.

Hierzu wurde ein Zusatzantrag des Zentrums angenommen, der verlangt, daß die Ausdehnung der Fürsorge nur geschehen soll, soweit die Arbeit nicht offenbar als Saisonarbeit zu betrachten sei.

Bewersdorff weiß nichts...

Antwort auf die kleine Anfrage.

In einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Riedel von der Deutschen Demokratischen Partei ist behauptet worden, der als Vorsitzender des Schöffengerichts im Beleidigungsprozess des Reichspräsidenten befangen gewordene Landgerichtsdirektor Bewersdorff in Magdeburg habe, als er noch in Kottbus tätig gewesen sei, wiederholt Äußerungen fallen gelassen, wie: „Der einzig mögliche Reichspräsident ist Ludendorff“ und — mit Bezug auf den Herrn Reichspräsidenten — „der Sattlergeselle muß dort oben verschwinden“. Daran ist die Frage an das Staatsministerium geknüpft, ob es Tatsache sei, daß diese und ähnliche Äußerungen Bewersdorffs dem Justizministerium kurz vor seiner Beförderung zum Landgerichtsdirektor mitgeteilt worden seien. Diese Frage hat der Preussische Justizminister dahin beantwortet, daß eine Mitteilung der Art dem Justizministerium niemals gemacht worden sei.

Die Anfrage des Abgeordneten Riedel enthält keinerlei nähere Angaben über Ort, Zeit und Anlaß der dem Landgerichtsdirektor Bewersdorff in den Mund gelegten Äußerungen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erfährt, hat Landgerichtsdirektor Bewersdorff dem Justizministerium dienlich erklärt, daß er trotz eingehender Prüfung seines Gedächtnisses sich nicht entsinne, Äußerungen der in der kleinen Anfrage behaupteten Art jemals getan zu haben, und daß er es für vollkommen ausgeschlossen halte, daß er solche Äußerungen jemals getan habe.

Anklage gegen einen Landgerichtsdirektor.

Wegen Beleidigung Bewersdorffs.

In einer kleinen Anfrage nationalsozialistischer Reichstags-Abgeordneter im Preussischen Landtag wurde darüber Beschwerde geführt, daß der Landgerichtsdirektor Kroner in Berlin dem Magdeburger Schöffengericht, das Landgerichtsdirektor Dr. Bewersdorff leitete, öffentlich vorgeworfen habe, es habe sich in dem sogenannten Eberli-Prozesse einer „jammervollen, schamlosen, feigen, verächtlichen Konklusion“ schuldig gemacht. Das Staatsministerium wurde gefragt, welche Schritte es unternommen habe, um den Landgerichtsdirektor Kroner zur Verantwortung zu ziehen und das „Ansehen der preussischen Gerichte gegen solche Beleidigungen durch preussische richterliche Beamte“ zu schützen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortete der Justizminister die Anfrage wie folgt:

„Der Aufsatz des Landgerichtsdirektors Kroner vom Landgericht III in Berlin im Wochenschrift „Rostocker Zeitung“ vom 24. Dezember v. J. ist von dem Kammergerichtspräsidenten zur Kenntnis des Oberlandesgerichtspräsidenten in Raumburg gebracht worden: Dieser hat als amtlicher Vorgesetzter der angegriffenen Magdeburger Richter Strafantrag gegen den Landgerichtsdirektor Kroner wegen Beleidigung gestellt. Gleichzeitig haben die beteiligten Magdeburger Richter ihrerseits Strafantrag gestellt. Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht I in Berlin hat daraufhin die öffentliche Klage wegen Beleidigung gegen den Landgerichtsdirektor Kroner erhoben. Inzwischen ist das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte eröffnet worden. Nach rechtskräftiger Erledigung des Strafverfahrens wird die Angelegenheit im Disziplinarwege weiter verfolgt werden. Die dem zweiten Teile der Anfrage zugrunde liegende Annahme, das Staatsministerium habe gegen das Magdeburger Schöffengericht Stellung genommen und damit in ein schwebendes Verfahren eingegriffen, trifft nicht zu.“

Das Verfahren gegen Landgerichtsdirektor Kroner wird verständlich, wenn man weiß, daß er Vorsitzender des — Republikanischen Richterbundes ist!

Ein völkischer Putschist verhaftet.

Aber er ist „mit den Nerven zusammengebrochen“.

Der frühere nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Hauptmann a. D. v. Hendebred ist gestern vormittag in seiner Berliner Wohnung verhaftet worden. v. Hendebred wurde von der Staatsanwaltschaft in Beuthen O.-S. auf Veranlassung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gesucht wegen Beteiligung an den anlässlich des Hitler-Putsches im November 1923 in Oberschlesien entstandenen Unruhen.

Die Pressestelle der Nationalsozialisten läßt zu dieser Verhaftung ihres putschistischen Genossen mitteilen, daß Hendebred, der am 7. Dezember nicht wiedergewählt wurde, „mit den Nerven vollkommen zusammengebrochen sei“ und daher eine Haft nicht bestehen könne.

Es ist merkwürdig, wie zartbesaitet die völkischen Helden werden, wenn zufällig einmal einer von ihnen zur Verantwortung gezogen wird. Sonst können sie nicht laut genug an ihre Heldebrosche pöken, aber wenn der Staatsanwalt kommt, dann — sind sie haftunfähig! So Boehner, so Hendebred! Aber nur Mut, auch in Beuthen wird es nicht so schlimm gehen wie etwa den Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof!

Die Heimkehr der Ausgewiesenen.

Die Vertretungs-, Wohnungs- und Amnestiefrage.

Der Reichstagsausschuss für die befehten Gebiete hielt gestern seine erste Sitzung ab. Vorsitzender Abg. Dr. Bayerdorff (Bayer. Volksp.) schloß sich namens des Ausschusses dem Protest der Vertreter des Rheinlandes an. Die deutsche Regierung möge Mittel suchen und Wege finden, die dem befehten Gebiet die innere und äußere Freiheit wiedergeben und wertvolle Teile der deutschen Bevölkerung von dem moralischen, seelischen und politischen Druck befreien, unter dem sie schon seit sechs Jahren steht und schmachtet. Aber mag kommen, was kommen will, der Gedanke der Einheit wird nicht vernichtet werden. Was im ersten Jahrausend deutscher Geschichte nicht gelungen sei, werde auch im zweiten Jahrausend nicht gelingen. (Beif. Beifall.)

Darauf trat der Ausschuss in die materiellen Verhandlungen ein. U. a. berichtete Ministerialdirektor Dillthey über die Heimkehr der Ausgewiesenen. Die Rückkehr sei bisher noch verweigert bei 11 Ausgewiesenen im altbefehten Gebiet (sechs in der französischen Zone, fünf in der belgischen Zone) und vier im neubefehten Gebiet. Seit dem 1. Januar sind 11000 Personen in Lebensmittelpflege, darunter zwei Drittel Eisenbahner, besondere Schwierigkeiten bereite die Wohnungsfrage. Hier seien außerordentliche Maßnahmen zur Verringerung der Not getroffen worden. Auf Grund der Verhandlungen über die Amnestie seien 400 Personen aus der Haft entlassen und gegen 1200 Personen das Verfahren eingestellt worden.

Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

Hitler darf wieder... Wie man nachträglich erfährt, hat Hitler bei seinem Besuch beim Ministerpräsidenten Heide von diesem die Zusage erhalten, daß das seit dem 9. November 1923 in Bayern bestehende Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in kürzester Zeit aufgehoben wird. Man wird also damit zu rechnen haben, daß Hitler alsbald nach der Aufhebung dieses Verbots seine politische Tätigkeit wieder öffentlich ausüben wird.

Auswärtige Debatte in der Kammer.

Herriot ergreift wieder das Wort.

Paris, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer begann am Dienstag die Beratungen des Haushalts des Auswärtigen Amtes und hörte dabei zunächst die Rede einiger Außenminister an. Der Abgeordnete Bonnet (Linksrepublikaner) beschäftigte sich erneut mit der Kriegsschuld und forderte die Bestrafung Wilhelms II.; auch die Entwaffnung Deutschlands müsse zu Ende geführt werden. Der Redner forderte außerdem, daß die Regierung dem Parlament alle auf die Entwaffnung bezugnehmenden Dokumente unterbreite, um den wahren Stand der Entwaffnung Deutschlands kennen zu lernen. Der Abgeordnete Morinaud (republikanischer Sozialist) schloß die Tunis-Frage an. Daraufhin ergriff der Ministerpräsident Herriot das Wort und wies darauf hin, daß man Tunis nicht als französische Provinz betrachten könne, da der Bey des Landes über gewisse Souveränitätsrechte verfüge. Der Värm um eine Aenderung der Verfassung von Tunis sei kommunistischen Ursprungs. Die Regierung sei bereit, alle erforderlichen Reformen durchzuführen, werde aber mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln diese eigentümliche Verquickung von Kommunismus und Nationalismus bekämpfen.

Paris, 20. Januar. (WTB.) Die Kammer setzte in ihrer heutigen Nachmittagsitzung die Beratung über das Budget für auswärtige Angelegenheiten fort. Zunächst ergriff der Berichterstatter für den Etatteil, der radikale Abgeordnete Henri Simon, das Wort. Er erklärte, er wolle sich nur über die Frage der Mandate, der Beziehungen zu Rußland und über die Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan aussprechen. Er begrüßte die Regierung dazu, daß sie Jean Herbet zu dem diplomatischen Vertreter in Moskau ernannt habe. Die alten Methoden, die Frankreich Sowjetrußland gegenüber zur Anwendung gebracht habe, hätten Schiffbruch erlitten. Es sei notwendig gewesen, zu neuen Methoden Zuflucht zu nehmen. Man müsse absolut nichts über die Zustände in Rußland. Die Kommunisten nennen es ein Paradies, die Antikommunisten ein Höllefeuer. Niemand wisse, in welchem Zustande sich die Industrie, die Landwirtschaft und die Verkehrsverhältnisse befänden. Auch wisse man nicht, welche neuen Methoden die Sowjets zur Anwendung zu bringen gedächten oder ob sie allmählich zur alten Politik der Jarez zurückkehren wollten. Um über all das aufgeklärt zu werden, müsse man sehen, müsse man verhandeln, kurzum: müsse man eine Botschaft befehlen. Eine heuristische allerdings, und zwar sei dies die Propaganda der Sowjets, für die 200 Millionen Rubel ausgegeben würden. Gegen diese im Ausland betriebene Propaganda hätten bereits Länder wie Deutschland, Skandinavien, die Schweiz und England Protest eingelegt.

Abg. Simon erklärte weiter, sogar MacDonald habe sich gegen die Propaganda der Sowjetunion ausgesprochen und es sei sehr leicht, alle diese Kundgebungen für Fälschungen zu erklären. Frankreich werde jedenfalls nicht zugeben, daß hinter der Regierung der Sowjetunion die Dritte Internationale stehe, die handele. Was die Anerkennung der Schulden des zaristischen Rußlands betreffe, so sei noch nichts entschieden.

Ministerpräsident Herriot unterbricht und erklärt, in dieser Frage dürfe man nicht verfrühte Hoffnungen aufkommen lassen, auch dürfe man nicht die entmutigen, die versuchen, das außerordentlich schwierige Problem zu lösen. Die Anerkennung der Rechte Frankreichs sei eine unerlässliche Bedingung für die Wiederaufnahme der Beziehungen. Die absolute Loyalität sei ebenso unerlässlich für die Beziehungen zu Rußland. Wenn die Russen Kredite in Frankreich finden wollten, dann müßten sich Staat und Privatpersonen den geltenden Regeln des Handels und den internationalen Regeln der Politik unterwerfen.

Der Berichterstatter fährt fort: Wenn übrigens die Sowjetregierung glaube, eine neue Anleihe in Frankreich auflegen zu können, bevor die alte Schuldenfrage geregelt sei, dann sei sie im Irrtum.

Der kommunistische Abgeordnete Cochon ruft dazwischen: Dem Hunderten von Millionen, die Sie Polen geliehen haben, kann auch Vales gelost werden. — Der Berichterstatter geht sodann zur Frage der Aufhebung der Botschaft beim Vatikan über und spricht sich unter scharfen Angriffen auf die Politik des päpstlichen Stuhles, die heftige Proteste der Rechten auslösen, für die Streichung der Kredite aus.

Mussolinis Aengste.

Kampf gegen „Börsenmanöver“.

WTB. meldet: Von unrichtigster Seite wird uns mitgeteilt, daß die in den letzten Tagen verbreiteten Alarmnachrichten über Italien, bei denen es sich offensichtlich um Börsenmanöver handelt, sich als völlig unbegründet erwiesen haben.

Die Mussolini-Regierung pflegt jedesmal, wenn Gerüchte entstehen, die für das Faschistenregiment un bequem, die aber bei den gegenwärtigen tolen politischen Zuständen in Italien nur zu begreiflich sind, zu erklären, es handle sich um Börsenmanöver, oder um Spekulationen gegen die Lire. Dabei weiß jeder Mensch, daß nichts so sehr und so schnell den tiefen Stand der Lire heben könnte, wie eine Befestigung dieser Gerüchte. An der Aufrechterhaltung des Mussolini-Regiments haben nur diejenigen im Ausland Interesse, die auf das weitere Sinken der italienischen Währung spekulieren.

Der Preussische Staatsrat hat in seiner letzten Plenarsitzung Oberbürgermeister Abenauer (Zentr.) zu seinem Vorsitzenden wiedergewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Bürgermeister Genosse Graef, Frankfurt am Main, zum 2. Vizepräsidenten Justizrat Hallensleben, Berlin (D. Ap.) gewählt.

Kommunistenverhaftungen. In Blaisach (Schwaben) wurden drei Kommunistenführer in ihren Wohnungen verhaftet. Einer davon wurde nach München ins Gefängnis eingeliefert. Bei anderen Mitgliedern der kommunistischen Ortsgruppe in Blaisach wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Letzte Nachrichten.

Ein Passagierschiff im Nebel aufgelaufen.

London, 20. Januar. (WTB.) Der britische Dampfer „Archangel“ lief, von Harwich kommend, in dichtem Nebel südlich von Hoel von Holland auf Grund. Etwa 140 Passagiere waren an Bord. Von drei Schleppern wurde versucht, das Schiff wieder flott zu machen, ohne die Passagiere zu landen, aber vergebens. Die Passagiere wurden dann doch von den Schleppern an Land gebracht. Man glaubt, daß das Schiff keinen Schaden erlitten hat und erwartet, daß es durch die Nachflut wieder flott wird. Der Unfall ereignete sich an derselben Stelle, wo der Dampfer „Berlin“ im Februar 1907 unterging, als nur 15 Passagiere von 143, die an Bord waren, gerettet wurden.

Gewerkschaftsbewegung

Zurück zum Achtstundentag! Eine Etappe auf dem Vormarsch.

Die sozialpolitische Tagesarbeit der freien Gewerkschaften und die der Sozialdemokratischen Partei tritt mit der allgemeinen Befreiung wieder in wachsendem Maße in den Vordergrund der deutschen Arbeiterbewegung. Die freien Gewerkschaften haben nach einem monatelangen schweren Ringen mit der Großindustrie zunächst im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat einen Beschluß zugunsten der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen- und Kalkereibetrieben erwirkt. Der Druck der organisierten Arbeiterschaft war stark genug, um von der neuen Reichsregierung als ersten Kabinettsbeschluß eine Verordnung für die Wiederherstellung der Achtstundenschicht zu erzwingen.

Gegenüber der dauernden Revolutionspielerei der Kommunisten verdient hier festgehalten zu werden, daß dieser Erfolg nur durch die Kraftentfaltung der Organisationen möglich war. Das Erstarken der Sozialdemokratie in der Wahl am 7. Dezember und die sichtbare Konsolidierung der freien Gewerkschaften bedeuten Machsfaktoren, mit denen jede Reichsregierung zu rechnen hat. Auch die kommunistischen Schwerarbeiter in den Hüttenwerken werden damit einverstanden sein, daß sie zunächst von unerträglichen Arbeitsverhältnissen entlastet werden, ohne bis auf den Tag einer von Scholten und Rauh fischer festzusetzenden „Weltrevolution“ warten zu müssen.

Jeder, der den gewaltigen Ansturm der organisierten Schwerindustriellen gegen die Wiedereinführung des Dreischichtensystems verfolgt hat, wird diesen politischen und gewerkschaftlichen Erfolg zu würdigen wissen. Nach vor wenigen Tagen tobte sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in einem Leitartikel: „Die gefährlichen Betriebe“ gegen das Verlangen der Gewerkschaften aus und ließ bereits erkennen, daß die Industrie von einer solchen Ausführungsanordnung zu § 7 auch bereits die Annäherung an die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens befürchte. Racher konnte man es in derselben „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ freisch als anders lesen. Da war der Kabinettsbeschluß auf einmal eine soziale Lat, die gefeiert wurde. Wenn man dem schwerindustriellen Organ glauben dürfte, dann würde uns das Kabinetts Rührer herrlichen sozialpolitischen Zeiten entgegenführen. Gerade ein rechtsgerichteter Kabinetts beschluß könnte eigentlich richtig Sozialpolitik machen, ohne gegen die Sabotage der Unternehmer kämpfen zu müssen.

Tatsächlich besand sich das Kabinetts Rührer vor einer vollendeten Lausache. Es lagen bindende Erklärungen des Reichsarbeitsministers vor, ein Beschluß des Kabinetts Marx, ein Gutachten des Reichswirtschaftsrats und — last but not least — der Wortlaut der Arbeitszeitverordnung. Sich über diese Lausachen hinwegsetzen und beschließen, daß es in der Schwerindustrie bei dem schmachvollen Dreischichtensystem bleibt, wäre für das sozial und republikanisch verheißene Kabinetts Rührer und Krautjunker ein Anfang gewesen, der wenig Erfolg versprochen hätte. Zumal die Gewerkschaften aller Richtungen und die Sozialdemokratie schließlich auch nach da sind. Die Sozialdemokratie wird im gegenwärtigen Reichstag bei dem Aufbau der Wirtschaft den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, in erster Linie die Wiederherstellung des Achtstundentages, als die dringlichste Aufgabe betrachten.

Da über ein Jahr verstrichen ist, seit der Reichsarbeitsminister durch die Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 den Auftrag erhalten hatte, für die gesundheitschädlichen Industrien eine Beschränkung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden anzufordern, so kann heute der Verlaß für die Hochöfen- und Kalkereibetriebe nicht mehr als ausreichend angesehen werden. Eine alle Schwerarbeiter umfassende Ausführungsverordnung zu § 7 ist daher längst fällig und darf nicht länger hinausgezögert werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat darüber hinaus durch einen Antrag bekundet, daß der § 7 überhaupt nur ein vorübergehendes Behelfsmittel war und es jetzt darauf ankommt, die gesamte Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 zu ersetzen durch ein vom Reichstag zu beschließendes Arbeitszeitgesetz. Der Antrag läßt erkennen, daß dieses Reichsgesetz nicht nur die Voraussetzungen zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens enthalten soll, sondern in seinem Wortlaut den von der Gegenseite geplanten Auslegungslücken vorbeugen muß.

Es gilt, alle Kräfte der arbeitenden Bevölkerung in den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zu vereinen, um im Kampf für den Achtstundentag den Erfolg zu sichern. Die Rückkehr zum Dreischichtensystem in der Schwerindustrie ist nur eine Etappe auf einem seit dem Frühjahr 1924 erfolgreichen, unumstößlichen Vormarsch. Die organisierte Arbeiterschaft fordert den vollen Achtstundentag und die Ratifizierung des Abkommens von Washington. Sie hat unter Führung der Sozialdemokratie auch einen Bismarck gezwungen, Sozialpolitik zu treiben. Sie wird mit einem Rührer, der nicht den Mut hat, zu bekennen, wo er steht, erst recht fertig werden.

Die Einheitsfront marschiert.

Durch den Niedergang der Kommunisten.

Bremen, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand die Neuwahl der im Jahre 1921 für das gesamte Bremer Staatsgebiet gebildeten Arbeiterkammer statt, die die erste öffentlich-rechtliche Arbeitnehmervertretung in Deutschland ist. In ihrem mehr als dreihundertköpfigen Bestand hat sich die Bremer Arbeiterkammer als eine Notwendigkeit für die Vertretung der Arbeiterinteressen erwiesen, die von keiner der schon bestehenden anderen Kammern wahrgenommen wurden. Von 30 Sigen der Bremer Arbeiterkammer hatten die freien Gewerkschaften seit 1921 insgesamt 29 Sige inne, während ein Sige an die christlichen Gewerkschaften gefallen war. Bei der jetzigen Neuwahl stellten die Kommunisten im Widerspruch zu den Beschlüssen der freien gewerkschaftlichen Organisationen eine eigene Parteiliste auf und machten für diese Sonderliste in der schändlichsten Weise Propaganda, indem sie die Kandidaten der freien Gewerkschaften zur Freude der Christlichen und Gelben in den Schmutz zogen. Das hat ihnen nichts genügt, denn die erdrückende Mehrheit der Bremer Arbeiterschaft hat die Liste der freien Gewerkschaften gewählt. Bis jetzt sind aus dem Bremischen Staatsgebiet folgende Teilergebnisse festgestellt: Für die

Liste der freien Gewerkschaften 12876 Stimmen, für die kommunistische Liste 4262 Stimmen, für die Liste der Christlichen und Gelben 932. Die Verteilung der Sige wird diesmal voraussichtlich wie folgt aussehen: Freie Gewerkschaften 21 bis 22 Sige, Kommunisten 6 bis 7, Christen und Gelbe 1 bis 2. — Am kommenden Sonntag findet die Wahl zur Bremer Angestelltenkammer statt.

Halle, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Wahl der Ortsverwaltung Bitterfeld des Metallarbeiterverbandes für das Jahr 1925 trug die freigewerkschaftliche Amsterdamer Liste einen vollkommenen Sieg davon. Die Kommunisten waren kaum in der Lage, ein Sechstel der abgegebenen Stimmen aufzubringen. Auch in Halle hat die Amsterdamer Richtung einen erfreulichen Fortschritt zu buchen. Im Vorjahre wurden die sozialdemokratischen Metallarbeiter noch niedergebrellt. Jetzt gelang es bei der Wahl der Ortsverwaltung der Metallarbeiter immerhin 322 Stimmen für die freigewerkschaftliche Liste aufzubringen gegen 500 kommunistische. Viel trug zu dem freigewerkschaftlichen Erfolg das völlige Verlangen des kommunistischen Kandidaten, der im letzten Jahr lediglich auf Grund seiner kommunistischen Einstellung gewählt worden war, sich aber als völlig unfähig erwies. Hätte nicht der im Amt belassene zweite Kandidat, ein Sozialdemokrat, das Schlimmste verhindert, dann wäre die Klasse in völlige Unordnung geraten.

Große öffentliche Kundgebung gegen den Rechtskurs in Deutschland

am Dienstag, 27. Januar, abds. 7 Uhr,
im Sportpalast, Potsdamer Straße 27.

Redner: Reichstagspräsident Löbe, Reichstagsabge. Crispian, Dr. Breitscheid, Dr. Lebi, Müller-Franken, Scheidemann.

Die Straßenbahner nehmen an.

Das gesamte Personal der Straßenbahn nahm gestern in drei Versammlungen Stellung zu dem Angebot der Direktion, in allen Gruppen 5 Pf. Wohnzulage zu geben. Während eine Versammlung des Fahrpersonals am Morgen das Angebot gegen eine starke Minderheit ablehnte, hat das technische Personal und eine Abendversammlung des Fahrpersonals zugestimmt. Das Angebot gilt danach als angenommen; es gilt bis zum 31. Mhi.

Die Differenzen bei Peef & Cloppenburg.

Vom Deutschen Velleistungsarbeiterverband wird uns geschrieben: In dem Artikel des „Vorwärts“ „AVD-Betriebsräte gegen Arbeiterinteressen“ bringt der Velleistungsarbeiterverband (Dropposition) in der „Roten Fahne“ einen ausführlichen Bericht, der in allen wesentlichen Punkten den Bericht des „Vorwärts“ bestätigt. Es wird ausgegeben:

1. daß der Streikfall nicht zur Entscheidung der Firma gebracht werden durfte;
2. daß die entlassenen Arbeiter an einem anderen Arbeitsplatz in der Firma hätten weiter beschäftigt werden müssen und Entlassungen durch Mitglieder der Dropposition weder angeregt noch gefördert werden dürften;
3. daß das Betriebsratsmitglied Conrad unter keinen Umständen als Velleistungsmittelmitglied durfte und die übrigen Mitglieder ihrer Organisation im Betriebsrat hätten abgesetzt werden müssen, daß eine Zusammenlegung in anderer Weise erfolgte;
4. haben infolge dieser Position Conrad und Pieg ihre Mandate im Arbeiterrat niedergelegt.

Diesem werden in vollem Umfang unsere Behauptungen bestätigt. Wenn dann behauptet wird, daß Conrad und einige andere Betriebsratsmitglieder nicht Mitglieder der kommunistischen Partei seien, so mag das für den Augenblick richtig sein, da man nie weiß, wie lange jemand sich bei dieser Partei aufhält. Tatsache ist aber, daß die Genannten fröhlich ausdrücklich auf der Droppositionseite der AVD gegen die Liste der freien Gewerkschaften gewählt wurden. Wenn ferner behauptet wird, daß die Arbeiter in der Gruppe Conrad keinen schlechteren Verdienst hätten als in anderen Gruppen, so sind wir in der Lage, ziffernmäßig die Unrichtigkeit dieser Behauptung zu beweisen.

Ueber praktische Gewerkschaftsarbeit und Solidarität mit den Vertretern der Dropposition zu diskutieren, ist überflüssig, da wir diese, wie Schumacher und Genossen sie auffassen, uns nicht zu eigen machen können.

Aushilfe auf eineinhalb Jahre.

Bei der Firma Franz Wagner, Rühlensstr. 75/77, eins der größten Wäschereibetriebe, herrschen eigenartige Einstellungsverfahren, die endlich einmal der Öffentlichkeit übermitteln werden müssen. Die Firma stellt nur Aushilfen ein. Arbeitnehmer, die dort Arbeit aufnehmen wollen, müssen einen Revers unterschreiben, daß sie auf 4 Wochen als Aushilfe beschäftigt werden. Nach Ablauf der 4 Wochen werden diese Personen ordnungsgemäß entlassen, um am nächsten Tage resp. nach am gleichen Tage nach Unterchriftleistung erneut auf vier Wochen als Aushilfe eingestellt zu werden und so alle vier Wochen fort. In der letzten Zeit hat man erst gar nicht mehr diese Entlassungsformalitäten vorgenommen, sondern einfach nur den Revers zur Unterchrift und damit zur weiteren Verpflichtung vorgelegt. Wer das nicht tut, der fliegt dann sofort. So sind mittlerweile von einer Belegschaft von circa 250 Beschäftigten ungefähr vier Fünftel als Aushilfe und nur ein Fünftel als fest beschäftigt. Von diesen vier Fünfteln sind aber manche schon 7 Monate und länger, ja schon bis 1½ Jahre lang als „Aushilfe“ bei der Firma tätig.

Für diesen Betrieb besteht nämlich ein Tarifvertrag, der nach längerer Beschäftigungsdauer einen Urlaub vorsieht. Welche Schädigung die dortige Arbeitnehmererschaft trifft, kann man schon daraus ersehen, daß vier Fünftel der Belegschaft einfach keinen Anspruch auf Urlaub hätten, trotzdem sie seit Jahr und Tag dort beschäftigt sind, da sie ja immer wieder als „neu eingestellt“ gelten. Diese Einstellungspraxis verstößt u. E. gegen die guten Sitten. Bedauerlich ist es ja, daß die dortige Belegschaft sich dies gefallen läßt und nicht den Mut aufbringt, gegen derartige Machinationen anzukämpfen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die dortige Belegschaft in dem letzten Jahre nicht gewerkschaftlich organisiert war. Die als „Aushilfe“ Beschäftigten standen auf dem Standpunkt, solange sie Aushilfe sind, brauchen sie sich nicht gewert-

schäftlich zu organisieren. Auch die Betriebsvertretung hat in dieser Frage völlig versagt.

Auf das eigenartige Verhalten der Firma Franz Wagner machen wir die behördlichen Stellen aufmerksam. Welche Maßnahmen dagegen zu ergreifen sind, muß der Laika der dortigen Belegschaft überlassen werden. Soll es wieder zu geordneten Zuständen bei dieser Firma kommen, ist es Vorbedingung, daß sich die gesamte Kollegschaft restlos organisiert. Für das Wäschereipersonal (Innenpersonal) kommt der Deutsche Velleistungsarbeiterverband, Sebastianstr. 37/38, in Frage.

27 Jahre Staatsdienst, aber keine Pension.

Wie es einem Handwerker, der den größten Teil seines Lebens im Staatsdienst zugebracht hat, ergehen kann, wenn er alt und arbeitsunfähig wird, zeigt eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Mein Vater war über 27 Jahre im elektrotechnischen Laboratorium der Charlottenburger Technischen Hochschule tätig und hat dort bei den Versuchen, die die bekannten Physiker Geheilmund Slaby und Graf Arco auf dem Gebiete der Elektrotechnik unternahmen, durch seine Tüchtigkeit und seine Sachkenntnis viel zum Gelingen beigetragen. Vor beinahe zwei Jahren erlitt mein Vater während des Dienstes einen Schlaganfall, dessen Folgen ihn arbeitsunfähig machten. Seit Januar d. J. liegt er vollkommen gelähmt im Krankenhaus Westend. Alle unsere Bemühungen, von der Technischen Hochschule irgendeine Unterstützung zu erhalten, sind bisher ergebnislos geblieben. Die Gesuche wurden nicht einmal beantwortet, und bis zum heutigen Tage hat mein Vater nicht einen Pfennig außer dem ihm gesetzlich zustehenden Kranken- und Invalidengeld erhalten. Mein Vater war sich allerdings stets darüber klar, daß er keinen rechtlichen Anspruch auf Pension oder Ruhegehalt hat, hoffte aber doch immer, daß ihm auf Grund seiner Leistungen aus dem der Hochschule zur Verfügung stehenden Fonds eine Beihilfe gegeben werden würde. Meine Geschwister und ich müssen zusehen, wie mein Vater als Armer im Krankenhaus liegt, ohne daß wir selbst in der Lage wären, ihn so zu unterstützen, wie er es im Leben verdient hat. Wir fragen uns oft, ob staatliche Institute, wie es ja auch die Technische Hochschule ist, nicht wenigstens eine moralische Verpflichtung haben, für ihre alten, kranken Arbeiter zu sorgen. Uns ist der Schritt in die Öffentlichkeit nicht leicht geworden, weil wir wissen, daß die maßgebenden Herren in der Hochschule sich dadurch in ihrer Einstellung nicht betren lassen. Es ist aber gut, wenn weite Kreise erfahren, wie heute noch Staatsarbeiter behandelt werden können. Vielleicht tragen diese Jellen dazu bei, bei dem Kultusministerium so etwas wie moralische Verantwortlichkeit zu erwecken.“

Drohende Lage im Saarbergbau.

Saarbrücken, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Montag kräftigsten Verhandlungen zwischen der Bergwerksdirektion des Saargebietes und den Bergarbeiterverbänden über die geforderte Prozentige Lohnerhöhung verlief ergebnislos. Die Bergwerksdirektion versuchte den Nachweis zu führen, daß eine Lohnerhöhung für sie untragbar sei, während die Gewerkschaften den Gegenbeweis antraten. Es wurde schließlich beiderseits der Wille zum Ausdruck gebracht, bevor der Streik seinen Anfang nehme, sämtliche Mittel einer gütlichen Einigung zu versuchen und in Kürze eine neue Sitzung einzuberufen, die wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche stattfindet. Die Gewerkschaften brachten ihren unbeeuglichen Willen zum Ausdruck, daß sie ohne eine hinreichende Lohnerhöhung unverzüglich in den Streik eintreten würden. Tatsächlich gestatten die Ueberhälle der Bergwerksdirektion die geforderte Lohnerhöhung auch ohne Kohlenpreiserhöhung.

Rückkehr zum Achtstundentag bei der Eisenbahn.

Über nur in Frankreich.

Paris, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ein dieser Lage unterzeichnetes Dekret regelt unter Aushebung eines früheren Dekrets die Anwendung des Gesetzes vom 23. April 1919 über den Achtstundentag für den Eisenbahnbetrieb. Das bis jetzt in Geltung befindliche Gesetz sah zahlreiche Ausnahmen vor, die allmählich zur Regel zu werden drohen. In zahlreichen Kundgebungen protestierten die Eisenbahner gegen diesen Zustand und forderten die tatsächliche Einführung des gesetzlichen Achtstundentages bei der Eisenbahn. Die Kammer schloß sich in einer Enkeltung der Forderungen der Eisenbahner an und verlangte eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse im Eisenbahnbetrieb. Das neue Gesetz trägt diesen Wünschen der Volkvertretung und der Eisenbahner Rechnung. Es legt die Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1919 auch im Eisenbahnbetrieb in volle Wirksamkeit, berücksichtigt aber dabei die besonderen Verhältnisse dieses Betriebes, indem es eine geringe Anzahl von Ausnahmen zuläßt.

Arbeitslosigkeit in Rußland.

Moskau, 18. Januar. (AG) Nach Angaben des Arbeitskommissariats des Sowjetbundes ist die Arbeitslosigkeit in Rußland in den letzten Monaten im Zunehmen begriffen. Im Herbst, als mit der Säuberung der Arbeitsbörsen“ begonnen wurde, d. h. die Zahl der zur Registrierung an der Wäse Berechtigten stark eingeschränkt wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Sowjetbunde 14 Mill. Nach Durchführung der Säuberung verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen auf 700 000. Bis Anfang Januar ist jedoch die Zahl der Erwerbslosen wieder auf 900 000 gestiegen und weist auch ferner eine steigende Tendenz auf. Für Rotlandarbeiten im Jahre 1925 wurden 10 Mill. Rubel beantragt, jedoch nur 4 Mill. Rubel bewilligt.

Achtung, Chirurgemechanik! Der Streik bei der Firma Adam Schneider, Jennische, geht unverändert weiter. Zugang ist auf jeden Fall fernzubalten. Die Arbeitgeber drohen mit Kompromissnahmen. Aus dem Grunde erühen wir, über irgendwelche Maßnahmen der Arbeitgeber sofort die Verwaltung zu benachrichtigen. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Adressen, GVD-Polizeibehörde, Bezirk Cöpen, Donnerstag abends 7 Uhr bei Volgt, Doppelt, 2. wichtiger Versammlung. Jeder muß teilnehmen. Der Verbandsrat.

Verband der Gemeinder und Staatsarbeiter, 3. Verwaltungsbereich, Donnerstag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal „Freiwillig“, Friedrichstr. 106, unterer Saal, Parteiverammlung, Vertreten. Wahl der Parteileitung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Parteileitung.

Verantwortlich für Politik: Gust Reuter; Wirtschaft: Wilhelm Cohnemann; Gewerkschaftsbewegung: J. Seitzner; Revolution: A. S. Döhrer; Sozialismus: Konrad; Krieg: Rühlens; Anzeigen: Th. Stöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postfach 1000. Berlin. Preis: 1.00 Mark. Einzelhefte 0.50 Mark. Postumschlag 0.10 Mark. Die Parteileitung.



MAGGI'S Fleischbrühwürfel

In Qualität einzig!



Das große Eisenbahnunglück in Herne hat die Aufmerksamkeit der ganzen Welt wieder einmal auf den Eisenbahnbetrieb und seine Gefahren gelenkt. Die Umstände, die zu dem furchtbaren Zusammenstoß bei Herne führten, liegen so sehr im Bereich der Einwirkungen durch die Naturgewalten, daß es gerechtfertigt erscheint, einmal aus beruflichem Runde Einzelheiten zu erfahren. Wir haben mit einem abgedienten Lokomotivführer, der jahrzehntelang die wichtigsten Strecken der deutschen Eisenbahnen gefahren ist, gesprochen und haben dabei manches erfahren, was amtliche Meldungen nicht bringen, was aber auch ein Teil der Presse aus bekannten Gründen gern verschweigt. Wir haben neben der mechanischen Tätigkeit des Lokomotivführers auch die geistige Arbeit erforscht, haben erfahren, wie tausend äußerliche Einwirkungen den Mann am Kessel ablenken. Stärker als alle anderen Angehörigen des Verkehrs — ausgenommen vielleicht den Schiffsführer — unterliegt gerade der Lokomotivführer den Einwirkungen der Naturgewalten, die ihn sehr oft feindlich gesinnt sind und die sich gerade da, wo Menzjenseit und menschliche Kraft sie noch nicht bändigen konnten, am stärksten austoben. Das Wasser hat der Mensch in seinen Dienst gezwungen; auf der Lokomotive tut es im Kessel seine Arbeit als Wasserdampf — nicht freiwillig, aber bemisst, geleitet, bemacht von seinem Gelehrten. Gefährliche Naturgewalt ist das Feuer im Feuerloch. Ramentoseres Elend, vernichtetes Menschenwerk ist das Ergebnis der freien Wirksamkeit dieser Naturkräfte — frei und ungezügelt ist noch das Wasser als Rebel. Lächlich lagert er über dem Land, alles in seinem grauen Mantel hüllend: Land, Bahnkörper, Signale. Nur geringe Hilfsmittel stehen dem Mann auf der Lokomotive, dem „Lokführer“, wie er amtlich genannt wird, zur Verfügung. Wehe, wenn das Rüstzeug der Ketten auch nur einen Augenblick verfaßt. . . .

jede Ablenkung durch einen auch noch so geringen Maschinen Schaden ist gefährlich und bedeutet Verwirrung, vielleicht das Schlimmste. — Das Abfahrtszeichen wird gegeben, langsam drängt die linke Hand den Regulator auf Fahrt, knallend preßt sich der Abdampf durch den Schornstein. An tausend Menschen befinden sich in meiner Obhut, sind einem Manne anvertraut, der ein Mensch aus Fleisch und Blut wie alle anderen ist, allerdings ausgebildet und „geprüft“, aber auch mit allen Schwächen, Irrungen und Wirrungen des Menschen behaftet, doch trotzdem „Herr über Leben und Tod“.

Im Nebel auf der Strecke.

Die sonst so vertraute Strecke versinkt im Rebelmeer. Während bei klarem Wetter das Auge ohne große Anstrengung mit einem Blick das Streckenbild umfaßt und das Gehirn der regulierenden



Auf dem Führerstand der D-Zug-Maschine

Hand a tempo die Befehle übermittelt, bietet im Nebel kein Baum, keine Gebüschgruppe einen Anhalt. Dem Führer ist jede Bahnwärterhütte bekannt, er folgert von einem Wegübergang auf die Entfernung des nächsten Signals. Selbst wenn die Gedanken einmal — entgegen dem „Reglement“! — abschweifen nach Hause, oder in der Erinnerung an Angenehmes: eine Auschau in die Gegend, ein Blick auf die Uhr und die Orientierung ist wieder vollkommen. Im Nebel läßt lediglich der Geschwindigkeitsmesser und die genau gehende Taschenuhr den Standort des Zuges bestimmen, ohne daß oft das geringste Hilfsmittel eine Kontrolle zuließe. Der Heizer hat mit seinem Kessel zu tun. Die Strecke ist bergig, die Maschine hat schwer zu arbeiten. Genauer als bei hellem Licht muß die Geschwindigkeit eingehalten werden, sollen sich nicht gefährliche Zeit- und Wegedifferenzen ergeben. Der stark strömende Abdampf reißt übernormal Zugluft in das Feuer. Faustgroße glühende Kohlenstücke fliegen aus dem Schornstein, und fortgesetzt muß neue Kohlenahrung in den feurigen Rachen geschauvelt werden. Der Injektor leistet sein Höchstes bei der Wasserzufuhr in den Kessel. Wie gern möchte der Feuermann einmal ein Wort an seinen Kameraden richten — kein dienstlich verbotenes, aber doch ein Wort, das die Spannung für Minuten lösen würde, ein Wort, das erleichtern und gleichsam entspannen würde. Aber er weiß, daß der dort an Regulator und Bremse heute nur Aufmerksamkeit ist, nur Anspannung und Verantwortung. Sie fahren beide die Maschine zum erstenmal. Sie ist nicht neu, aber gut und eingelaufen. Trotzdem ist jedes Geräusch neu und muß erst umgebeutet werden. Der Bremshebel geht schwerer als bei der Maschine von der vorigen Fahrt, der Regierhebel läßt bei der gleichen Stellung ein Geringes mehr oder weniger Dampf in die Zylinder. Unstetige Arbeit, die zum großen Teil Gefühlsarbeit ist, wird dadurch erschwert. Die Wirkung der Hebelgriffe wirkt auf die Geschwindigkeit, und so ist erhöhte Aufmerksamkeit geboten. Die Gedanken haben mit der Strecke zu tun, müssen aber dennoch umherirren, messen, vergleichen. Da merkt der Führer am Geräusch der arbeitenden Zylinder, daß das Gelände sich senkt und der Zug Hilfe durch das Gefälle bekommt. Das Wasserstandsglas zeigt den geringsten zufälligen Wasserstand an, der Dampfbedarf war den Berg hinauf zu groß, der Heizer muß das Feuer dämpfen und für schnellste Wasserzufuhr sorgen. Eine halbe Minute würde genügen, um die Feuerbüchse wieder ringum mit Wasser zu bespillen — da merkt er, daß die kleine Säule im Glasrohr sich nicht hebt, daß sie höchstens gleichbleibt. Ein kaum hörbarer Zuruf erschließt seinem Runden und findet den Weg zum Ohr des Kameraden. Den reißt's aus seiner Gedankenarbeit heraus, ganz gegen seinen Willen und ohne Absicht. Eine kurze Frage, eine knappe Antwort: eine Mitteilung, ein Befehl. Die ausführenden Handgriffe bringen die Injektoren in Ordnung, während die Handpumpe das Schlimmste verhindert. Indessen ist der Zug mit 70 Kilometer weitergefahren. Jede Sekunde sind 20 Meter, in wenigen Minuten muß der kleine Bahnhof erreicht sein. Gleich muß das Vorfahrsignal kommen, aber der Rebel hindert das Gesicht zu stark. Der Führer vergleicht Tachometer und Uhr. Nach seiner geübten Schätzung hat der Zwischenfall mit dem Heizer 15 Sekunden gedauert, die Fahrt ist auf 60 Kilometer gedrosselt, das Gehirn meldet 250 Meter Fortlauf des Zuges seit der Ablenkung. Das Vorfahrsignal ist vorbei; über-

Der Lokführer erzählt:

Die Fahrt auf der großen D-Zugmaschine 1-C-1 war kürzlich besonders anstrengend, erst trübes Wetter, dann fester, einträglicher Sandregen erschwerte den Ausblick von der Lokomotive. Raum blieb Zeit zur Nachzeit, Blick und Gedanken gingen durch die Doolfenster ohne Pause nach vorn, vorwärts, rechts, links. Aber ohne Zeinerlust wurde die Strecke durchfahren, pünktlich brachten wir den schweren Zug in den Heimatbahnhof ein. Wir zwei von der Lokomotive trennten uns mit einfachem Gruß — um am nächsten Morgen unausgerührt und zerfurcht noch gefährlicheres Wetter zu finden. Man spricht gelegentlich von einem ewigen Dampfenfieber alter, bühnensicherer Schauspieler, das sie vor jedem Auftreten hemmungslos befällt. Kein Lokführer ist von diesem Lampenfieber beim Nebel frei. Schwer ist die Sorge bei solchem Wetter um die Sicherheit der Fahrgäste, des rollenden Materials, die eigene Familie und Gesundheit. Mit kurzem Blick aufeinander gehen Führer und Heizer an die Arbeit. Die Kontrolle der Maschine ist genauer als sonst schon. Alles muß in Ordnung sein, kein noch so untergeordneter Maschinerteil darf vor dem Austritt der Fahrt fehlerhaft sein. Heute gilt die Aufmerksamkeit nur der Strecke,

Der Mittelweg.

Von Sir Phillip Gibbs.
(Schluß.)

„Vielleicht ist's noch zu früh, um von einem „Nachher“ zu sprechen. Wenn ich wiederkomme, wollen wir uns unser Leben einrichten.“
„In welcher Weise denn?“ fragte sie.
„Unser gemeinsames Leben,“ antwortete er einfach. Sie stand auf, ließ die Näharbeit zu Boden gleiten und nahm seine beiden Hände. „Ich will Ihr guter Kamerad sein. Für eine kleine Weile, wenn Sie wollen, und wenn Sie wollen, für das ganze Leben.“
„Ich begehre nach Kameradschaft,“ sagte er leise und erregt.
„Ich bin einsam und hasse das Einsamsein. Wir beide könnten zusammen Gutes wirken, für den Frieden, für uns selber. Ich will ein treuer Dienstmann sein, Prinzessin.“
„Nicht ein Dienstmann,“ lächelte sie. „Auch bin ich keine Prinzessin mehr, nur eine Dienstmagd. Ich bin doch soweit Kommunistin, um an die Gleichberechtigung zwischen einem Mann und einer Frau zu glauben, die sich ihm gibt. Wir wollen Gott zusammen dienen.“
„Von Gott weiß ich nicht viel,“ sagte Bertram, „denn ich bin hoffnungslos ungläubig. Aber doch so gläubig, um die Güte in Ihnen anbeten zu müssen, und Ihren Mut und Ihre Selbstaropferung.“
„Wo Liebe ist, da ist auch Gott,“ hat Tolstoi gesagt. „Und es ist wahr. Wir wollen Gott zusammen finden, in der Liebe zueinander und zu der Menschheit.“
„Ich habe einst aus Liebe eine verzweifelte Wirtin gemacht, und ich bin glücklich, daß ich noch einmal lieben darf.“
„Sie dürfen, geliebter Freund. Sie sind einer der Erreichten dieser Welt. Wie stolz ich bin, Ihre demütige Helferin sein zu dürfen. Jedes Wort, das Sie schreiben, soll meiner Liebe zu Ihnen ein Verlöbtes sein. Sie werden der Welt die Wahrheit künden, und ich kann mein kleines Teil dazu beitragen; ich will für Sie sorgen, Ihnen Behagen schaffen an Leib und Seele und Ihnen das kleine eigene Paradies aufschließen, von dem Sie einst sprachen.“
„Du geliebtes Mädchen! Du versprichst mir das Beste auf Erden. Du machst mich glücklicher, als ich verdiene.“
„Ich versprach mir selbst noch viel Besseres,“ antwortete

sie mit einem so strahlenden Lächeln, daß ihre ganze Schönheit wieder aufzublühen schien, „ich bin selbstfüchtig, daß ich mich auf alles Schöne und Süße freue, das mir durch Dich geschenkt wird, Geliebter. Eigenes Glück im armen Rußland! Ich werde die einzige sein, die in Rußland glücklich ist. Und alles durch Dich.“
„Du machst mir bange,“ sagte Bertram schüchtern vor ihrer seligen Freude. „Du wirst bald herausfinden, daß ich nur ein armseliger Mensch bin.“
„Nie! Ich weiß, daß Du ein herzenguter, tapferer Mann bist.“
„Ein großes Glück ist uns beiden auf dem Marktplatz in Moskau zuteil geworden.“
„Gottes Wille hat es so gefügt, daß Du Dich zu mir wandtest, und ich Deine Augen schauen konnte.“
„Es war das Glück,“ wiederholte er; „wenn Du so willst, vielleicht auch Gott.“
„Die Liebe war es,“ antwortete sie. Er stand vor ihr und sah wie gefesselt in ihre großen dunklen Augen, die ihn aus dem blassen feinen Gesicht so liebevoll anlächelten. „Meine Liebe zu Dir, Radia, ist keine stürmische Jugendleidenschaft, wenn Leib und Seele in Flammen stehen. Die gehört der Vergangenheit und meiner ersten Liebe, Joyce. Zu Dir komme ich als ein Mann, der alle Brutalitäten des Lebens gesehen hat, durch alle Qualen hindurch mußte, und sich selber sowie die anderen besser versteht, als einst. Aber alle Liebe, die in meinem Herzen lebt, und eine Kameradschaft, die nichts erschüttern kann, und meine Treue, meine Ergebenheit, meine demütige Anbetung sind Dein, Du Liebe, bis zu meinem Tode, wenn Du mir vergönnt, so lange neben Dir zu leben.“
„Wir wollen unser Leben gemeinschaftlich einrichten,“ sagte sie, seine Worte von früher wiederholend. „Unsere Liebe ist nicht mehr unwissend. Wir haben beide den Jammer des Lebens mitangesehen und selber geübt. So werden wir die Weisheit der Liebe besitzen, so daß unsere Liebe noch köstlicher wird.“
Bertrams Schiff war das letzte, das stromabwärts ging. In seinem Herzen war ein Friede und eine Süßigkeit eingezogen, die ihn zuerst wie in einem Traum umhergehen ließ. Er war so lange krank gewesen, und nun war er genesen. Auf seinem Gesicht lag eine solche stille Freude, daß Dr. Weekes und Jemmy Hart ihn verwundert anstarrten. Denn alles, was sie bis jetzt an Furchtbarem und Unbeschreiblichem kennengelernt hatten, verschwand vor der Hülle, die sich ihnen in diesen

Hungerdistrikten auftat. Bertram war aus seinem seligen Traum erwacht und stöhnte vor Grauen und Mitleid, wenn er die Leichname der Verhungerten sah, mit ihrem zum Skelett abgemagerten Leibern und dem unmäßig aufgetriebenen Bauche.
Und Hilfe stand nicht mehr in menschlicher Macht. Geld rettete sie nicht, denn es gab keine Nahrung dafür zu kaufen. Sogar Jemmy Hart liefen die Tränen über das Gesicht.
„Nein, hier reicht keine private Wohltätigkeit aus. Alle Völker der Welt müssen dies Band retten und das so schnell wie möglich, sonst kommt alles zu spät.“
„Wenn Ihr beide das Grauliche sähet, was wir gesehen haben,“ sagte Dr. Weekes, „werden Menschen und Engel weinen.“
Und hier in Samara, das überfüllt war von Flüchtlingen, verlassen Kindern, typhusverseuchten Familien, schrieb Bertram die Wahrheit über die große Hungersnot in Rußland.
Jedes seiner Worte war ein Ruf nach Barmherzigkeit und Mitleid, den er dem Weltgewissen zuschleuderte. Er schrieb mit Worten von biblischer Einfachheit, ohne Sensation und ohne Phrasen, aber als Dr. Weekes den Bericht durchlas, da weinte er offen und ohne Säum.
„Es ist alles so wahr, wie Gottes Wort, Pollard! Wer dies liest, der wird das Mitleid so tief im Herzen fühlen, wie Sie es selbst gefühlt haben!“
Das Schiff war in Samara eingefahren, so daß Bertram und Doktor Weekes mit der Bahn nach Moskau zurückfahren, wo sich jetzt die Kro mit ihrem Stabe wieder befand. Es war eine Fahrt, die vier Tage und vier Nächte dauerte, und wie alle russischen Reisen ermüdend und unaussprechlich schmutzig. Während dieser vier Tage und Nächte dachte er unablässig an Radia, zu welcher er jetzt zurückkehrte, nach vollbrachter Arbeit für das Volk, das sie liebte. In der ganzen Nacht hatte er ihre liebe Gegenwart gefühlt, sie hatte ihm Mut und Ausdauer eingegeben; das köstliche Geschenk ihrer Liebe erhellte sogar die Finsternis des unsagbaren Grauens, durch die er eben geschritten war. Nun kehrte er zurück zu dem besten weiblichen Wesen, das er je gekannt, so ganz selbstlos, eine „Heilige“ in schöner und fröhlicher Art, und doch so menschlich und voller Anmut. Und diese geliebte Frau würde ihm Gefährtin sein auf seinem Wege. Sie würde seinen Mut stärken, sie würde vielleicht die Mutter seiner Kinder werden.
Mit Radia würde er die Mitte des Weges wandeln. Mehr war er einsam!

fahren — Achtung auf das Hauptsignal! Regulator weiter auf Halt — 50, 40 Kilometer sinkt das Tachometer. Da, was ist das? Voraus ist der Nebel plötzlich noch dunkler geworden, das Auge schnell von rechts oben nach vorn Mitte. Der plötzliche unvermutete Eindruck lähmt eine Sekunde lang die Beweglichkeit der Handlungen, der Telegraphenstrom, der Auge, Gehirn und Hand verbindet, ist einen Augenblick lang unterbrochen — Vorfahrt — Injektor — Hauptsignal — Nebel —! so schwirren die Gedanken. Die dunkle Stelle im Nebel voraus ist fast ganz schwarz, ein schwacher roter Punkt taucht auf — Jugend! Zusammenstoß! rote's durch den Kopf. „Zerst!“ ein Schrei. Der Regulator fliegt auf Halt, der Bremshebel knallt an den Anschlag. Roter Luftdruck wirkt, preßt die Bremsklötze an die Radränder, der Sandkasten bläst seinen Inhalt auf die Schienen. Es knirscht, kreischt, donnert. Die Steuerung fliegt herum — Roter Dampf . . .

Diesmal war es noch nicht zu spät. Sie hatten beide die Schlusslichter des vorausfahrenden Zuges im letzten Augenblick gesehen — rot — rot, in einer Bifurkation von Blut und Schmerzenschreien. Vorfahrt und Heizer bliden sich stumm und schwer atmend an, fatter Schweiß perlt von ihrer Stirn in dunklen, ruhgeschwärmten Tropfen.

Winterkurort Berlin.

Die Fremden, das heißt die „feinen“ Fremden mit den ganz dicken Portemonnaies aus Dollarica, russische Großfürsten und andere Größen aus aller Welt, kamen früher nicht gern nach Berlin. In Berlin ist nichts los, sagten diese Herrschaften so von oben herab, und sie gingen lieber nach Paris, wo man besser Feste zu feiern verstand und wo tausend Attraktionen, von denen die meisten sich um das Weib und die Liebe drehten, geboten wurden. Freilich, eine Attraktion hatte auch Berlin damals schon. Das war „Er“, W. II., wie er finster blickend mit steifem Habhschnurrbart die Binden entlang galsopierte. Aber auf die Dauer konnte dieses Parade- und Prunkstück Berlins nicht internationales Publikum nach Berlin locken. Außerdem beklagten sich die Herrschaften damals darüber, daß Berlin nicht elegante Hotels besitze, in denen sie mit Gefolge ganze Etagen mieten konnten.

Das alles ist nun heute anders geworden! An eleganten Hotels fehlt es nicht, und in diesem Winter ist kein Mangel an Fremden und Gästen aus aller Welt. Da, man pilgert nach Berlin, um hier wie in einem Kurort den Winter auf das angenehmste zu verleben. Der Winter ist bestimmtlich an Berlin vorübergegangen, Berlin ist Winterkurort geworden. In Italien hat es reichlich Schneefall und strenge Kälte gegeben, in der tschischen Wüste ist so viel Schnee gefallen, daß die Eingeborenenkinder nicht in die Schuhe gehen konnten. In Berlin aber ist in diesem Winter auch nicht eine Schneeflocke gefallen, das Thermometer bleibt immer über Null, und in den Mittagsstunden, wenn die Sonne so schön und so warm scheint, zeigt die Quecksilbersäule sechs Grad Wärme und mehr. Diese verblüffenden Tatsachen sind natürlich in aller Welt bekannt geworden, und es erging der Ruf: Reiche Leute aller Länder vereinigt euch, um den warmen Winter in Berlin zu verleben! Diesmal geht man nicht nach Italien im Winter, denn dort friert es, und nicht nach Ägypten, denn da schneit es, man geht zum Winteraufenthalt nach Berlin. Berlin als Winterkurort. Das hat die Welt noch nicht gesehen. Aber den reichen Leuten muß auch etwas geboten werden. Nur das warme Wetter befriedigt sie nicht. Es sind komische und anspruchsvolle Menschen, und sie können sich das auch leisten, denn ihre Mittel gestatten es ihnen. Sie verlangen nach Nahrung und Zerstreuung. In Berlin werden ja nun zwar allerhand Feste in jedem Winter gefeiert. Doch damit hapert es seit jeher bedenklich. Diese Feste sind immer ein wenig steif, ledern und unlustig gewesen, oder sie arten zu einer Jote aus. Man hat eben in Berlin den Dreh, wie man Feste feiert, nicht recht herausbekommen. Über die Fremden dürfen sich um Gotteswillen durch dieses Mantra nicht abschrecken lassen davon, nach Berlin zu kommen. Sie brauchen ja diese Feste und Bälle nicht zu besuchen. Wir können heute in Berlin mit bestem und lustigerem aufwarten. Unsere grünen Hakenkreuzler, Stahlhelmer sorgen in wunderbarer Weise für Amusement. Sie haben wie kein anderer die Kunst der Maskerade heraus, immer wieder bringen sie neue Nuancen in ihr Repertoire. Und im Verein mit ihnen klappern und klirren die Deutschnationalen mit den Schlachtschwertern und singen kampfstrebe Lieder, so daß die Fremden in Berlin aus dem Staunen, der Abwechslung und dem Amusement gar nicht herauskommen. Schließlich kommen sie sich bei diesen ganz auf Krieg und Sieg gestimmten Festen und Maskenfällen so vor, als wenn sie — Stahlbader nehmen. Und da sage einer noch, Berlin sei kein Winterkurort!

Das Ende eines Inflationspekulanten.

Eine richtige Inflationsblüte ist der frühere Bankbeamte Hans Brodbeck. Obwohl erst jetzt 24 Jahre alt, hatte er in den Jahren 1922/23 im größten Umfang Börsenspekulationen betrieben und im Herbst 1923 einen Wertpapierbesitz in Händen, der auf etwa 120.000 Dollar bewertet werden konnte. Er war während des Krieges trotz seiner Jugend Börsenvertreter einer Großbank gewesen und dann in der gleichen Stellung bei einer größeren Privatbank. Nebenbei hatte er aber für eigene Rechnung erfolgreiche Börsenspekulationen betrieben. Seine Erfolge ermblickten es ihm, auf großem Fuße zu leben. Er besaß ein eigenes Auto und eine glänzend eingerichtete Wohnung, in der er sich auch bald verheiratete. Als dann aber die Stabilisierung der Mark kam, schrumpfte sein Aktienbesitz immer mehr zusammen, so daß er, wie er wehmütig vor Gericht erklärte, „nur noch“ 50.000 Goldmark besaß. Aber auch damit ging es infolge verheerender anderweitiger geschäftlicher Unternehmungen bergab. Der Rest wurde durch den großen Aufwand, den er nach wie vor betrieb, verschlungen. So war er im Februar vorigen Jahres ohne Geld und lerne zufällig den Chyrmiler Mathias Hoag kennen. Auf der gemeinsamen Suche nach einem einträglichen neuen Erwerb kamen beide auf den Einfall, die neu herausgegebenen Dreizehntennmarkstücke nach zu machen. Brodbeck besorgte sich durch Verpfändung seines Autos und seiner Wohnungseinrichtung die nötigen Betriebsmittel, und es wurden Maschinen, Werkzeuge und Materialien beschafft. Hoag fertigte die Formen an, und es wurden dann von ihnen die falschen Silberstücke geprägt. Im Restaurant „Zum frühlichen Hecht“, in dem sie regelmäßig während ihrer Tätigkeit zu Mittag aßen, gelang es ihnen, Stücke des falschen Geldes abzusetzen. Als sie aber auch einem Konfektengeschäft damit kamen, wurden sie entlarvt und festgenommen. Beide Angeklagten hatten sich nun vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten. Sie waren geständig und erlitten mildernde Umstände, so daß jeder von ihnen mit zwei Jahren Gefängnis davonkam.

10000 Mark Geldstrafe für einen Milchpauker.

Eine äußerst schwere Strafe verhängte die Berufungskammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Warschner über einen Melereibesitzer H. Spetowitz, der sich eines wissentlichen Verschönes gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig gemacht hatte, indem er entrahmte Milch für Vollmilch in den Handel gebracht hatte. Der Angeklagte betreibt im Nordosten Berlins eine umfangreiche Melerei und Molkerei. Wie in all diesen Betrieben, werden die vom Hof abgehenden Milchmengen von Beamten des städtischen Untersuchungsamtes häufig durch Entnahme von Stichproben untersucht. Eines Morgens erschienen die Beamten auch

wieder zur Kontrolle und stellten bei der Probe fest, daß die Milch sehr dünn und entrahmt war. Bei einer Durchsichtung wurde weiterhin festgestellt, daß sich im Keller größere Mengen abgeschöpften Rahmes befanden. Darum wurde Spetowitz unter Anklage gestellt. Er behauptete nun, daß hier ein unglückliches Versehen seines Personals vorliege, denn es wäre doch wirtschaftlicher Selbstmord, wenn er angesichts der Tatsache, daß täglich eine Kontrolle stattfindet, derartige Verschönes wissentlich vorgenommen hätte. Das Gericht kam aber zur Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und hielt es, für angebracht, die vom Schöffengericht gegen Spetowitz verhängte Strafe von 6000 auf 10000 Mark zu erhöhen.

Kreis-Mitgliederversammlungen!

Tagesordnung: Der Rechtsturs in Deutschland.

Charlottenburg: Mittwoch, den 21. Januar, abends 7 Uhr, Oberrealschule Schlossstraße, am Sophie-Charlotte-Platz. Referent: Heinrich Ströbel, M. d. R.

Spandau: Mittwoch, den 21. Januar, abends 7½ Uhr, im Paradiesgarten, Seegeseder Straße 54/55. Referent: Artur Richter, M. d. R.

Schöneberg: Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, Schulaula Feuergr. 57. Referent: Franz Künstler, M. d. R.

Mitte: Freitag, den 23. Januar, abends 7½ Uhr, Musikerpark, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Referent: Rudolf Breit-scheid, M. d. R.

Der Rundfunk als Polizeihelfer.

Feststellung der Ermordeten in der Gneisenaustraße.

Zu dem schweren Verbrechen, das der Chauffeur Otto Wille in einer Garage auf dem Gelände der früheren Garde-Dräger-Kaserne an der Gneisenaustraße verübte, wird mitgeteilt, daß es jetzt endlich gelungen ist, die Person der Ermordeten festzustellen.

Die Ermordete ist eine 36 Jahre alte Frau Paula Schüh, die früher in der Provinz in den besten Verhältnissen lebte. Ihr Mann besaß eine Villa und hielt Wagen und Pferde. Nach seinem Tode ging alles verloren. Die Frau kam nach Berlin und betätigte sich eine Zeitlang als Filmschauspielerin. Dann kam sie von Stufe zu Stufe und hatte schließlich nicht einmal mehr ein Obdach. Mitteilungen von anderen Mädchen, die die „Rennbahn-Jule“ kannten, hatten nun den Verdacht austauschen lassen, daß Wille sein Opfer auch beraubt habe. Es ist jedoch jetzt festgestellt, daß Frau Schüh kein Geld besaß. Bei den Ermittlungen, besonders zur Feststellung der Persönlichkeit, hat der Rundfunk der Mordkommission der Kriminalpolizei sehr wertvolle Dienste geleistet. Ihm ist es zu danken, daß sich bei den vielen Teilnehmern ein großer Teil der Offenheit für die Aufklärung des Verbrechens interessierte, und daß so endlich auch die Person der Toten festgestellt werden konnte.

Magistrat gegen Bezirksamt.

Der Magistrat hat in einer seiner letzten Sitzungen den eigenartigen Beschluß gefaßt, den Unterrichtsminister zu ersuchen, der Wahl des Stadtrats Genossen Dr. Reiter zum Direktor die Bestätigung zu verweigern — eigenartig deswegen, weil der Magistrat damit eines seiner Bezirksämter, aber auch seinen eigenen Schulsausschuß desavouiert. Die Mitglieder des Schulsausschusses hatten schon seit langem reichlich Gelegenheit, die Äußerungen Dr. Reiters zu prüfen, hatten ihn zum Vortrag über seine Einstellung zu Schulproblemen eingeladen und ihn nach seinem Vortrag auf die Liste der Direktionskandidaten gesetzt — also damit doch wohl für fähig und „geeignet“ anerkannt. Der Magistrat läßt über die Köpfe des Bezirksamtes und des Schulsausschusses hinweg den erwähnten Beschluß. Ob da nicht die in der „Zeit“ und im „Lokal-Anzeiger“ gegen Genossen Dr. Reiter betriebene verlogene Hege die Gemüter der Magistratsmitglieder beeinflusst hat? Zum mindesten befremdet es, daß dem in der reaktionären Presse Angegriffenen vor der Magistratsitzung nicht Gelegenheit gegeben wurde, zu den Auslassungen der genannten Blätter Stellung zu nehmen. Natürlich dürfte die Angelegenheit mit dem Magistratsbeschuß nicht erledigt sein.

Der Vorschlag einer Schulfsteuer.

Eine praktische Anregung machte der Schulausschuß der 6 Berliner Bezirke für höheres Schulwesen in seiner letzten Sitzung. Einige der Direktoren führten berechtigete Klagen über die Methode der Schulgeldentlastung. Sie begründeten es damit, daß der Instanzenweg, den die in Not geratenen Eltern beschreiten müssen, viel zu umständlich und der ganze Apparat zu schwerfällig sei, so daß eine ungedeckte Summe von Arbeit und auch viele Härten damit verknüpft sind. Um diesen Mangel zu beheben, wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, die aber im Grunde genommen wenig an der Sache ändern würden. Nachdem von einem der Herren Philologen der Antrag eingebracht worden war, das Schulgeld für höhere Schulen monatlich auf 10 M. herabzusetzen, brachte einer unserer Genossen den Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, bei den gesetzgebenden Körperschaften vorstellig zu werden, um das Schulgeld vollständig ab-

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 21. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Die Funkprinzessin erzählt: Urzeitmärchen von Georg Hedenkapp. 1. Die Geschichten vom Feuer und vom Zündhölzchen. 2. Der Weizengarten der lahmen Gertrud. 3. Die Geschichte von der kleinen Duhitar. (Die Funkprinzessin: Adels Prossler). 4.30—5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40—7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). 6.40 Uhr abends: Handelskurse. Dr. jur. Magnus: „Was muß man von den Steuern wissen?“ (Abteilung Hochschulkurse). 7 Uhr abends: Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Wastrol: „Die Kunst der Gegenwart“. 2. Vortrag: „Die Krisis der Kunst“. 7.55 Uhr abends: Professor Dr. Geiger: „Radioaktive Substanzen und ihre Strahlungen“. 1. Vortrag: „Entdeckung der Radioaktivität“. 8.30 Uhr abends: Erinnerungen an die Glanzzeit der Metropolrevue. Viktor Hollander — Lieder und Duette u. a. 1. Overtüre: Auf ins Metropol (Berliner Funkkapelle). 2. a) Die Jahreszeiten der Liebe, aus „Die Herren von Maxim“. b) Am Manzaneros aus „Durchlaucht Radieschen“ (Bernhard Bötel vom Deutschen Opernhaus, Charlottenburg, Tenor). 3. Drei Andersen'sche Märchen: a) Die Brautleute, b) Das Mädchen mit den Schwefelhölzern, c) Der standhafte Zinnsoldat (Charlotten Freyer, Sopran). 4. Marsch: Die Leibgarde der Venus (Berliner Funkkapelle). 5. a) Der Nordexpress, aus „Schön war's doch“. b) Der letzte Taler (Eduard Kandel vom Deutschen Opernhaus, Charlottenburg, Bass). 6. a) Unter den blühenden Linden, b) Nichts... (Charlotte Freyer und Bernhard Bötel). 7. a) Horch, es hästern leis die Geigen, aus der Operette „Der Sonnenvogel“, b) Schaukellied aus der Revue „Auf ins Metropol“ (Charlotte Freyer). 8. Kasinowalzer aus „Der Tausend lacht dazu“ (Berliner Funkkapelle). 9. a) Kasinopoli, b) Frauen und Rosen (Bernhard Bötel). 10. a) Roland und Viktoria, aus „Neustos, Albernheiten“. b) O du mein Patschchen, aus „Ein toller Jahr“ (Charlotte Freyer und Eduard Kandel). 11. Avantagurmarsch aus „Durchlaucht Radieschen“ (Berliner Funkkapelle). Am Flügel: Der Komponist. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsaugs, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdiens.

zubauen und dafür eine praktische gestaffelte Schutzsteuer einzuführen. Damit, meinte er, würden nicht nur alle Unzulänglichkeiten und Härten beseitigt, sondern es würde auch eine ungeheure Summe von Arbeit gespart, die besser für andere Zwecke verwendet werden könnte. Dieser Antrag wurde im Schulausschuß, in dem die Sozialdemokratie in der Minderheit ist, mit großer Mehrheit angenommen. So auch der Antrag auf Herabsetzung des Schulgeldes.

Erpressung eines Finanzwachmeisters.

Nicht aus ehelicher Gefinnung, sondern aus Beschränktheit.

Der Edelmetallhändler Thalmann war wegen Hehleri angeklagt gewesen, aber freigesprochen worden. Es hatte sich aber gegen ihn aus diesem Anlaß ein Verfahren der Steuerbehörde wegen ungenauer Buchführung und Steuerhinterziehung entwickelt, von dem er noch keine Kenntnis hatte.

Eines Tages erschien bei Thalmann ein Herr, der sich ihm als Beamter des Landesfinanzamtes namens Engel vorstellte und dem Geschäftsmann offenbarte, daß gegen ihn ein Verfahren schwebte. Dabei sah der angebliche Engel sein Gegenüber mit hässlichem Blick an und gab ihm zu verstehen, daß das viel Geld kosten werde, aber er wäre in der Lage, die Sache aus der Welt zu schaffen und es billig zu machen. Die Beamten würden schlecht genug bezahlt. Thalmann erbat sich Bedenkzeit. Dann fand eine neue Zusammenkunft statt, in deren Verlauf Thalmann sich nach dem Kostenpreis erkundigte und 50 Mark bot. Der Beamte lachte höhnisch und sagte, die Summe käme gar nicht in Frage. Für die Nähe, die er gehabt habe, müsse er mindestens 500 Mark bekommen. Zum Scheine ging Thalmann auf den Vorschlag ein und verabredete eine neue Zusammenkunft in einem Café am Hackeschen Markt. Vorherging hatte er sich aber den Kriminalassistenten Vogel und seine Braut mitgebracht, die an einem Nebenbisch des Gesprächs mitanhörte. Als das Gespräch dann so weit gediehen war, griff der wirkliche Kriminalbeamte ein und schritt zur Verhaftung des Pannes, der sich als ein Oberwachmeister beim Landesfinanzamt Franz Anilowski entpuppte. Er hatte sich jetzt vor dem Schöffengericht wegen verurteilter Erpressung und Amtsnötigung zu verantworten. Er behauptete, daß er lediglich in seiner Eigenschaft als Kriminalbeamter dem Händler eine Falle hatte stellen wollen, um seine Strafverfehlungen zu ermitteln. Das Gericht kam schließlich zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte zwar nicht der Erpressung und der Amtsnötigung, aber doch sich des verurteilten Betrages schuldig gemacht habe. Anilowski wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf drei Jahre abgeprochen. Von einer Ehrenstrafe, wie sie Staatsanwaltschaftsrat Kirchner beantragt hatte, nahm das Gericht Abstand, weil der Angeklagte viel leicht weniger aus ehelicher Gefinnung als aus Beschränktheit gehandelt habe.

Lehrergefinnung.

Alle öffentlichen Beamten haben den Eid auf die republikanische Verfassung geschworen, aber nicht wenige von ihnen hegen und wäuben auch in ihrem Amt gegen die Republik. Gerade diese Charakteristiken fühlen und bezeichnen sich gern als die würdigen Charaktere — während sie jene Kollegen verachten und verfeuern, denen der Zusammenbruch endlich die Möglichkeit gab, bestes vom Besten der republikanischen Verfassung zu erlangen. In der Tat, sie offen als die Republikaner zu bekennen, die sie längst schon gewesen sind. Zahlreich sind jene Eideschwörer auch unter den Lehrern der höheren Schulen vertreten und wie sie es treiben, mag man aus folgenden Einzelheiten von Schülerschicksal erkennen, die uns bekannt worden: Ein ausgewerkter Junge, Sohn eines unserer Parteigenossen, erzählt dabei, daß er auf die Frage nach gewissen Sprachbestimmungen mit Jutaten aus Liederun geantwortet habe, die er aus der SPD-Rindergruppe kennt. Die Antwort gefiel dem Lehrer so, daß er fragte, woher der Junge das habe. „Na, daß wir das in der Rindergruppe singen, werde ich ihm doch nicht sagen — da wäre ich schon unten durch; da habe ich Angst, ich weiß es von der Strafe.“ so erzählt der Bub zu Haus. Und er berichtet von einem Mitschüler, der auch gut republikanisch ist und ein schwarzrotes Bandchen besitzt — aber in der Schule ein schwarzweißes Abzeichen trägt (was der Lehrer duldet), um besser abzuschneiden.

So trüben die Lehrer, die den Eid auf die Republik geleistet haben, durch den Amtsnißbrauch den Kindern, die sie erziehen sollen, das Bild der Heuchelei ins Herz.

Der größte Berliner Passagierdampfer im Bau.

Der starke Andrang zu geschlossenen Passagierdampfern, die auch in den Wintermonaten verkehren, haben die Reederei Koblitz veranlaßt, für die Berliner Besichtigung einen neuen Passagierdampfer zu bauen, der für mehr als 1000 Personen bequeme Sitzgelegenheit bietet. Bisher war es nicht möglich, mit so großen Dampfern auf der Spree und Havel zu verkehren, da die Brücken, vor allem die Oberbaumbrücke, ein starkes Hindernis boten. Durch besondere schifftechnische Einrichtungen ist es jetzt gelungen, auch diese Hindernisse zu überwinden. Bei dem neuen Dampfer, der den Namen „Wintermärchen I“ führt, sind am vorderen und hinteren Ende des Schiffs große Wasserfesten eingebaut und durch Schotten von dem übrigen Teil des Schiffes getrennt. Diese Wasserfesten stehen mit einer besonderen Pumpenanlage in Verbindung und dienen dazu, das Schiff bei nicht genügendem Tiefgang mit Wasser zu belasten, um ungehindert auch die niedrigsten Brücken passieren zu können. Das Schiff selbst hat eine Länge von 45 Metern, eine Breite von 7 Metern und besitzt zwei geräumige Verdecke. Der Antrieb erfolgt durch eine dreifache Expansionsmaschine mit 300 Pferdekraften. Große Kühlanlagen bieten Gelegenheit, Speisen und Getränke für mehrtägige Fahrten an Bord zu nehmen. Der Bau des Dampfers ist soweit gediehen, daß bereits Ende Februar die ersten Fahrten von Berlin aus vorzunehmen werden können. Die bisherigen geschlossenen Personendampfer boten nur für etwa 300 Personen Platz. Wintermärchen I wird somit der größte Passagierdampfer auf den märkischen Gewässern sein.

Auf die Schienen geworfen!

Eine aufregende Szene gab es am Dienstag morgen auf dem Untergrundbahnhof Rollendorfsplatz. In dem starken Gedränge wurde ein alter Herr von einem jungen Manne angetroffen. Als er den jungen Mann festhalten lassen wollte, packte dieser den alten Herrn und warf ihn vom Bahnsteig auf die Schienen. Der Führer eines einlaufenden Zuges konnte den Zug gerade noch im letzten Augenblick zum Stehen bringen. Beamte der Schulpolizei stellten den roten Mann, dessen Gebaren große Empörung hervorrief, als einen Preiser Fuhrmann fest.

Jungenunfall im Wabelberger Park.

Vor dem Potsdamer Reichsschöffengericht klagte gestern die Kronanwaltschaft gegen die Witwe des Leibesreders des früheren Kaisers, Frau Kolling, auf Räumung der Wohnung. Die Beklagte bewohnt einen Teil des alten Markhalls im Schlosspark Wabelberg. Ihr 14jähriger Sohn Georg scheint nun die historischen Stätten mit einem Sport- und Schießplatz verwechselt zu haben. Die Wogen der historischen alten Stadt, Berliner Gerichte laube werden für seinen Fußballplatz als Tor benutzt. Der Fall zerstreute nicht weniger als 30 Bürgerweiber in der Gerichtslaube und die Schöbentammmission bekam eines Tages eine hohe Blaferrrechnung vorgelegt. Ob wurden die friedlichen Bewohner des kleinen Schlosses durch Schießunfall erlindert. Nach stundenlangem Verhandlung in der sämtliche Hausbesitzer durchgebrochen und protokolliert wurden, brantrogte die Klägerin die Räumung der Wohnung, da

durch das Verhalten des Knaben die Gedulde ständig gefährdet seien. Das Kreisgericht wies die Klage der Kronverwalterin jedoch ab und der Vorliegende empfahl der Beklagten, es möglichst mit Prügel zu versuchen, denn beim zweitenmal würde sie die Klage sicherlich verlieren.

Einen schauerlichen Fund machte eine Frau aus der Hagenauer Straße 7. Auf der Treppe des Hauses fand sie eine Blutspur, die nach einem auf einem Abgang gelegenen Klosett führte. Sie öffnete dieses und fand ein neugeborenes Mädchen, das mit dem Kopf nach unten in dem Becken lag. Die Frau nahm das Kind, das noch lebte, heraus, und die Kriminalpolizei des 62. Reviers ließ es durch eine Hebamme nach dem Waisenhaus in der Alten Jakobstraße bringen.

Zu dem Morderschuss in der Hagenauerstraße erfahren wir, daß der Arbeiter Harcke, der auf die Arbeiterin Marie Marie zwei Schüsse abgab, sich selbst gestellt hat. Harcke erkrankte auf dem Volontariat Ziergarten und letzte Kriminalkommissar Geh ein Geständnis ab. Wie er sagt, liebte er das Mädchen innig und fand auch Gegenliebe. Die Mutter der Braut war aber gegen die eheliche Verbindung und die Fortführung der Verlobungen. Das brachte ihn zur Verzweiflung und zu dem Entschluß, sich das Leben zu nehmen und die Geliebte in den Tod mitzunehmen. Als er aber diese noch den beiden Schüssen zusammenbrechen sah, hatte er nicht mehr den Mut, den dritten Schuß auf sich selbst abzufeuern. Das Mädchen liegt noch immer fast hoffnungslos im Krankenhaus danieder.

Das Pflegegeld für städtische Kopflegerinnen ist vom 1. Januar d. J. ab erhöht worden. Es werden gezahlt: für Kinder bis zu 3 Jahren täglich 1,30 M., für Kinder von 3 bis 6 Jahren täglich 0,55 M., für Kinder von 6 bis 14 Jahren täglich 0,75 M. Daneben wird freie Bekleidung und bei Erkrankung freie ärztliche Behandlung und freie Medizin gewährt. Familien, welche Kinder in Pflege nehmen wollen und in Charlottenburg wohnen, können sich im Rathaus Charlottenburg, Zimmer 149, bei Frau Sagemann melden (wochentäglich von 9 bis 4 Uhr).

Einbruch des Salamanders. In der Rentendirektion des bekannten Schuhgeschäfts der Salamander G. m. b. H. in der Friedrichstraße wurde vom Sonnabend, den 17., bis Montag, den 19., eingebrochen und sämtliche vier Stockwerke durchsucht. Von dem reichhaltigen Strumpfwort der Firma wurden nicht unerhebliche Mengen entwendet, ebenso große Mengen von Schuhwaren mit Firmenbezeichnung.

Die Jugendweihe des 12. Kreises (Pantow, Norderstraße und Egelsh) findet am Sonntag, den 22. März, in der Aula des Paganus, Stadt, Reiterstraße 18, statt. Anwesenden zur Jugendweihe nehmen an: Kinder Reiterstr. 18, Pantow, Charlottenstr. 34, Hellmut Reiter, Egelsh, Siemensstr. 76, Frau Unverr, Wilmersdorf, Hagenauer Str. 43 (Siebling). Die Anmeldegebühr beträgt 50 Pf.

Vocher-Klasse zur Vorkursprüfung. Genossen, die ihre Kinder in eine höhere Schule schicken wollen, können diese vom Genossen Stud. Reinhold Petermann, N. 65, Köpenicker Str. 22, auf die abliegende Vorkursprüfung vorbereiten lassen. Bei Einschulung zu Ostern Anmeldung jetzt erforderlich.

Die neuesten Erfahrungen der Bekämpfung der Schädlinge und Krankheiten im Obst- und Gemüsebau. Am 22. Januar, abends 6 Uhr, behandelt Herr Dr. Carl Ludwig, Direktor der Hauptstelle für Pflanzenbau der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und Berlin, das oben genannte Thema im Lokal VII der Landwirtschaftlichen Hochschule im Rahmen einer Veranstaltung der Obst- und Gemüse-Abteilung der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Invalidenstr. 42. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Arbeiter-Wohnungsschule. Morgen, Donnerstag, beginnen folgende Vorlesungen: Weltwirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung (Genosse Alexander Stein) in der Nachtlichen Sprechstunde, Lindenstraße 3, 1. Hof, links paters, abends 7½ bis 9 Uhr — Modernes Probleme des Sozialismus (Genosse Simon Katzenstein) im Wagenheim Charlottenburg, Rohnenstraße 3, 1, von 7½ bis 9 Uhr abends.

Sport.

Das 13. Sechstagerrennen. Immer noch 9 Spitzenpaare.

Heute um Mitternacht werden die Sechstagerkämpfer ihre 144stündige Reise beenden. 13 Mannschaften hatten die Fahrt angetreten — ausgerechnet 13... Das vorausgesagte „Unglück“ ist auch eingetreten. Stabe-Fachler haben, wie bereits mitgeteilt, das Rennen aufgegeben. Sie konnten auch wirklich nichts mehr erbringen. Beim Schreiben dieser Zeilen umkreisen voraussichtlich noch 12 Fahrer die ideale 200-Meiler-Bahn. 12 Mannschaften — die müssen Glück haben, weil es eben — 12 sind. Neun davon haben die Spitze, drei liegen je eine Runde zurück. Ob sie aushalten werden? Wohl schwerlich. Die Zeit ist zu kurz. Und dann soll es ausländische Fahrer im Felde geben, die erst jetzt ihre Stärke zum Ausdruck bringen. Warten wir das Endergebnis ab. Nur noch einige Stunden und das 13. „Sechstagerrennen“ hat sein Ende erreicht.

Die 5-Uhr-Nachmittagswertung

sah ein mäßig besuchtes Haus. Bis zur 113. Stunde (5 Uhr nachmittags) sind 3153,355 Kilometer gefahren. Stunden-ergebnis: 28,630 Kilometer. Im ersten Spurt ist Hahn, der seinen Platz gut gegen Mac Beath verteidigt, der Sieger. Dritter und Vierter: Egg und Sawall. Van Kempen holt sich den zweiten Spurt. Kütt, Tieg und Krupat folgen. Kerts ist der Held des dritten Spurts gegen Hahn, Egg und Mac Beath. Im vierten Spurt liegt wieder van Kempen vorn. Tieg liegt an zweiter Stelle. Kütt und Lorenz sind die nächsten. Fünfter Spurt: Kerts, Golle, Egg, Hahn. Sechster Spurt: Van Kempen, Koch, Bauer, Tieg.

Der Stand des Rennens nach der 5-Uhr-Nachmittagswertung ist folgender: Van Kempen-Sawall 229 P., Kütt-Kerts 180 P., Hahn-Tieg 148 P., Wemanow-Bauer 69 P., Egg-Krupat 65 P., Saldow-Lorenz 56 P., Grenda-Mac Beath 45 P., Brocco-Riquet 7 P., Hulsche-Kohl 5 Punkte. Eine Runde zurück: Golle-Ranthe 43 P., Giorgetti-Rizetto 42 P., Stellbrink-Koch 23 Punkte.

Die 10-Uhr-Nachwertung.

In den Abendstunden ist das Haus wieder beängstigend gefüllt. Als der Gongläut, der die zehnte Stunde anzeigt, ertönt, sind insgesamt 3294,950 Kilometer zurückgelegt. Stunden-ergebnis: 29,990 Kilometer. Im ersten Spurt hat es den Anschein, als ob hier Hahn, der jetzt in den letzten Stunden besonders aus sich herausgeht, das Ziel als erster Mann passieren sollte. Doch in letzter Minute schießt sich mit der alten Schnelligkeit Kerts hervor. Dritter wird Krupat vor Sawall. Den zweiten Spurt reserviert sich mit einer gewissen Selbstverständlichkeit van Kempen vor Lorenz, Egg und Tieg. Hahn holt sich dann den dritten Spurt und verweist Kerts auf den zweiten Platz. Grenda und Bauer folgen. Vierter Spurt: Van Kempen, Tieg, Egg und Mac Beath. Gleich nach Beendigung des vierten Spurts geht eine wilde Jagd los. Das Feld ist auseinandergerissen und findet sich erst allmählich wieder zusammen. Das Ergebnis des fünften Spurts wird daher auf kurze Zeit ausgesetzt. Im sechsten Spurt liegt Golle vor Mac Beath, van Kempen und Kerts, eine Leistung, auf die der Sieger stolz sein kann. Das Renn-gericht nimmt zum fünften Spurt Stellung: Kerts wird wegen Behinderung auf den letzten Platz distanziiert und Hahn erhält den ersten zugesprochen.

Der Stand des Rennens nach der 10-Uhr-Nachwertung ist nun folgender: van Kempen-Sawall 240, Kütt-Kerts 188, Hahn-Tieg 167, Wemanow-Bauer 70, Egg-Krupat 63, Saldow-Lorenz 58, Grenda-Mac Beath 51, Brocco-Riquet 7, Hulsche-Kohl 5 Punkte. Eine Runde zurück: Golle-Ranthe 45, Giorgetti-Rizetto 42, Stellbrink-Koch 23.

Der Ansturm gegen das Kaliwirtschaftsgesetz.

Aus den Reden der Arbeitnehmersprecher im Reichskalrat werden uns folgende Stellen zur Veröffentlichung ausgemittelt.

Ueber den Plan zur Abschaffung des Kaliwirtschaftsgesetzes brachte kürzlich der „Hannoversche Kurier“ einen Artikel mit der Ueberschrift „Die Politik von Wintershall“ von gut-unterrichteter Seite. Der Kern des Artikels ist, daß der leitende Gedanke zum geplanten Zusammengehen des Wintershallkonzerns mit der „Preuhag“ (Preussischer Kaiserlicher Bergbau) und den andern Kalikonzerne Burbach, Salzdeutscher usw. der sei, „einen erfolgreichen Wettbewerb gegen die eisässischen Werke im europäischen und außereuropäischen Auslande zu ermöglichen“. Darn heißt es, „die Grundlage hierzu ist nur zu schaffen, wenn das Kaliwirtschaftsgesetz durch eine freie Kaliwirtschaft ersetzt wird“. Wintershall sei schon seit Jahren bedacht, die Kalipreise erheblich zu senken, daß aber der Reichskalrat sich dagegen gewandt habe aus Rücksicht auf die vielen weniger guten Kaliverwerke. Herr Generaldirektor Kosterer verfolge jetzt „rücksichtslos die Politik, um durch systematische Unterbietung der ober-eisässischen, noch in der Entwicklung begriffenen Werke vom Auslandspreise so gut wie ganz auszuschalten“. Dies ist aber nur möglich unter Zusammengehen mit dem Preussischen Fiskus, der selbstverständlich an der Steigerung seiner Förderung großes Interesse hat... „Dieses ist aber wiederum nur zu ermöglichen, wenn die freie Kaliwirtschaft durchgeführt wird.“ Dann wird in dem Artikel noch geschildert, daß mit dem Konzern Burbach eingehende Besprechungen stattgefunden haben, die hauptsächlich darauf abzielten, den Widerstand dieses Konzerns gegen die freie Kaliwirtschaft, wie sie im Wintershallkonzern verfolgt wird, aufzugeben. „So daß man sagen könne, daß die Gegner des Wintershallkonzerns in dem Kampf um die freie Kaliwirtschaft zusammengekrumpft sind, nachdem nunmehr auch die Preuhag fraglos vollkommen auf die Seite von Wintershall getreten ist“.

Zunächst erhebt man aus dem Artikel, wozu die Preuhag bemüht zu werden zwecken ein Vertrag mit ihr geschlossen werden soll. Wir sind gespannt, was das Preussische Handelsministerium, das die Preuhag kontrolliert, dazu sagt. Der Preussische Landtag wird unmöglich dazu schweigen können. Im Reichstag soll der Antrag auf Beseitigung der Kali- und Kohlenwirtschaft von seiten der Rechtsparteien schon vorliegen.

Herrn Kosterers Plan ist alten Datums. Schon im Sommer 1921, als er vom Reichswirtschaftsrat bei Beratung der Kali-Verordnung als Sachverständiger gehört wurde, nahm er die feindliche Stellung wie heute gegen das Kaliwirtschaftsgesetz ein. Außerdem forderte er damals schon die Beseitigung des Kalkulationspreises und der tariflichen Lohnregelung.

Seine Pläne gehen also noch weiter. Wird das alles die Preuhag gutheißen und mitmachen?

Reichskalrat und Kalipreise.

Was die Stellungnahme des Reichskalrates zur Kalipreisfrage anbetrifft, so ist richtig zu stellen, daß der Wintershallkonzern meist nur in den Vorverhandlungen seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen suchte. Im Plenum des Reichskalrats ist er mit seiner abweichenden Meinung nicht herorgetreten. Die Wertbestimmungen stellen dort immer einheitliche Anträge zur Preisfrage. Die Arbeitnehmersprecher haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Kaliverwerke mit geringwertigen Salzen billiger zu werden sollen, damit die guten Werke zu billigeren Preisen produzieren könnten. Solche kapitalistische Bodsprünge, wie sie der Wintershallkonzern plante, konnte der Reichskalrat nicht mitmachen. Denn es ist anzunehmen, daß dieser Konzern, wenn er die andern Werke, zum Teil auf Kosten der Arbeitnehmer, niederkonturriert hätte, dann ohne neue Preispolitik einleiten würde, die sicher nicht im Interesse der Allgemeinheit, wohl aber im Interesse des Wintershallkonzerns läge. Das Reichswirtschaftsministerium hat die Kalipreisfrage immer nachgeprüft und im Reichskalrat das Resultat vorgelegt. Daß die Auslandspreise nicht unter den Inlandspreisen stehen durften, was im fraglichen Artikel auch stark getadelt wird, ist nicht erst vom Reichskalrat beschlossen worden, wie fälschlich behauptet wird, sondern das wurde auf Verlangen der Kalikonzerne, sowie von der Landwirtschaft im Jahre 1910 in das erste Kaligesetz aufgenommen. Man wollte verhindern, daß manche Kaliverwerke (damals Wintershall) das deutsche Kali im Auslande verschleudern. Der Reichskalrat hat aber in den letzten Zeiten ausgehoben, daß die deutschen Kaliwerke durch die Unterbietung der eisässischen Kalipreise vom Kalikonzerne unter die Inlandspreise in manchen Ländern herabgedrückt wurden. Also kann auch heute schon im Auslande der eisässischen Kalikonzerne mit Erfolg starke Konkurrenz gemacht werden. Aber darin wird sich Wintershall täuschen, wenn man glaubt, daß die eisässischen Preise lange Zeit im Auslande „ganz erheblich“ unterboten werden könnten. Denn der französische Staat unterstützt bekanntlich die eisässischen Kaliverwerke durch Zuschüsse. Das ist bei uns unmöglich. Oder hofft man, daß das neue Kabinett Luther so etwas ermöglichen soll? Diese Trauben hängen zu hoch!

Sollen aber die deutschen Kaliverwerke aus eigener Kraft die eisässischen Werke niederkonturrieren, so dürfte ihnen bald die Puste ausgehen. Obwohl bisher vier Vertreter der Landwirtschaft, die die oben geschilderte heutige Preispolitik im Kalirat nicht angefochten haben, wird das die deutsche Landwirtschaft auf keinen Fall lange mit ansehen können, gleichviel, ob der Reichskalrat noch besteht oder nicht. Ebenso wird das die Preuhag und die andern Konzerne nicht lange mitmachen. Denn es liegt allen Werken nicht nur an der Steigerung ihrer Förderung, sondern sie wollen auch bestehen können. Und die Arbeitnehmer würden sich erst recht nicht gefallen lassen, auf Kosten der Löhne solch niedrige Preise zu ermöglichen. Die Löhne im Kaliberbau Deutschlands blieben schon immer unter denen der Steinkohlenarbeiter, oft sogar unter denen der Braunkohlenarbeiter zurück.

Die „Nebenbehörden“ des Reichskalrats.

Rum zu den „außerordentlich belastenden Spesen des Reichskalrats und seiner zahllosen Nebenbehörden“. Die zahllosen Nebenbehörden bestehen aus drei, wenn man das später gebildete Schiedsgericht mitzählt, aus vier Organen. Das ist erstens die Kaliprüfungsstelle. Dieser macht wohl die Quotenregelung der Werke die meiste Arbeit. Nach dem alten Kaligesetz besorgte das die Verteilungsstelle. Zweitens kommt die Beratungsstelle in Frage, welche ebenfalls fast ausschließlich von den Kaliverwerken deshalb stark beschäftigt wird, weil fast alle Werke gegen die Festlegung der Verteilungsziffer Berufung einlegen. Beide Stellen bestanden schon vor dem jetzigen Kaliwirtschaftsgesetz. Beide Stellen sind jetzt auch Lohnprüfungsstellen, die eine erster, die andere zweiter Instanz. Aber sie hatten mit Vorkriegszeiten Löhne fast gar nichts zu tun, weil die Löhne und Gehälter im Kaliberbau seit dem Jahre 1919 bis heute tariflich von der Arbeitgemeinschaft, Gruppe Kaliberbau, geregelt werden. Die dritte Nebenbehörde ist dann noch die landwirtschaftliche technische Kalistelle. Sie ist zwar erst seit 1919 errichtet, aber sie hat neben volkswirtschaftlichen Arbeiten in der Hauptsache die landwirtschaftliche Kalipropaganda im Inlande zu leiten und verteilt die Gelder für diese Propaganda an die landwirtschaftlichen Korporationen. Diese Aufgabe besorgte vorher das Reichsamt des Amers, wozu eine Ausgabe von 60 Pf. je Doppelzentner reines Kali erhoben wurde, welche schon mehrere Jahre nicht mehr erhoben wird. Aber auch der Kalirat bzw. seine Geschäftsstelle besorgen Verrichtun-

gen, welche von irgendeiner andern Korporation besorgt werden müßten, wenn der Kalirat nicht bestünde.

Die Kosten der Kaligewinnwirtschaft.

Der Reichskalrat hat im Jahre 1924 rund 88000 M. verbraucht. Davon erforderten seine gesamten Verwaltungskosten nur 48000 M., während an Beiträgen für Kalialanalysen, also unvermeidliche Maßnahmen auch im Interesse der Kalikonzerne, rund 15000 M., und als Beitrag für das Reichsgesundheitsamt zur Prüfung der Endlaugenfrage die Summe von 25000 M. verausgabt wurden. Die Kaliprüfungsstelle erforderte im Jahre 1924 einen Aufwand von rund 193100 M., wovon allein rund 71500 M. für Reisekosten, die im Interesse der Kaliverwerke bei der Quotenregelung entstehen, ausgegeben sind. Mehrfach ist bei der Kaliprüfungsstelle, welche aus demselben Grunde fast den dritten Teil ihrer Ausgaben, nämlich 7400 M. von insgesamt 26700 M., verbraucht. Die landwirtschaftlich technische Stelle hatte im Jahre 1924 allerdings 237800 M. Ausgaben. Aber davon verfiel dem Löwenanteil die bereits erwähnte landwirtschaftliche Inlandspropaganda, nämlich 203600 M., und 8400 M. verurteilt für die Reisekosten. Schließlich ist noch die Ausgabe von 11000 M. für das im Jahre 1921 neu errichtete Schiedsgericht zu erwähnen, welches errichtet wurde, um die vielen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Kaliverwerken, wegen der gesetzlichen Entscheidungen, die bei Quotenverläufen entstehen, zu schlichten.

Alles in allem macht die Ausgabe die das Kaliwirtschaftsgesetz verursacht, im Jahre 1924 556500 M. Das wäre bei dem im Jahre 1924 erzielten Kalifach von 842000 Doppelzentnern reines Kali nicht ganz 15 Pf. je Doppelzentner. Es würde also in diesem Falle, wenn die vom Kaliwirtschaftsgesetz dem Kalirat übertragenen Tätigkeiten ganz überflüssig wären, was, wie oben nachgemessen, durchaus nicht der Fall ist, der Doppelzentner 40er Dünge-salz (die Hauptabnahmeform) dann 6,15 M. statt 6,30 M. kosten. Nun müssen aber diese Arbeiten und Unkosten im Falle einer Beseitigung der Kalirats und seiner Nebenstellen doch entweder vom Kalikonzerne oder den einzelnen Kaliverwerken gemacht und bestritten werden, so daß von den angeblich außerordentlich belastenden Spesen des Kaliwirtschaftsgesetzes nur wenige Pfennige per Doppelzentner reines Kali erspart werden könnten! Damit will man also die Möglichkeit schaffen, „ganz erheblich niedrigere Kalipreise für das In- und Ausland durchzuführen“? Damit will man die eisässische Kalikonzerne kaputt konkurrieren? Wird die Landwirtschaft, werden die Konzerne, namentlich die Preuhag, auf diesen Köder reinfallen?

Zwang zur öffentlichen Generalversammlung.

Es ist bezeichnend für den Mangel an sozialem Empfinden, daß man sich innerhalb unserer Großindustrie mit den Pflichten, die die Form der „Aktiengesellschaft“ der Öffentlichkeit gegenüber auferlegt, noch immer nicht abzufinden vermag. Man will zwar die Rechte, die die Aktiengesellschaft verleiht, nicht aber die damit verbundenen Pflichten: wenn die Verwaltungen die Presse brauchen, dann wissen sie sie wohl zu finden, wird sie aber unbedeutsam, so versucht man sie abzuschütteln.

Die Danabrüder Kupfer- und Drahtwerk-A.G., deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden und die sich zum erheblichen Teil im Besitz von Kleinaktionären befinden, hat ihre vor einigen Tagen stattgefundene Generalversammlung unter Ausschluß der Presse abgehalten. Der Vorgang wäre nicht allzu tragisch zu nehmen, wenn es sich dabei um einen Einzelfall handelte, aber die Gepflogenheit Generalversammlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit abzuhalten, ist selber nicht so sehr selten, ja sie kommt merkwürdigerweise in letzter Zeit wieder mehr in Mode. Diese Entwicklung der Dinge ist nicht ungefährlich, denn die heilsame Furcht mancher Verwaltungen davor, daß ihre Geschäftsführung in der Öffentlichkeit eingehend erörtert oder auch kritisiert wurde, hat manchen Uebergriff verhütet, manche sonst wohl noch öfter vorgekommene Vernachlässigung des Dienstes durch Verwaltungen verhindert. Es scheint aber jetzt fast, als ob man sich darauf besänne, daß ein Zwang, den „neugierigen“ und vielleicht lästigen Vertretern der Presse die Teilnahme an der Versammlung zu gestatten, eigentlich nicht besteht. Ob die auswärtig wohnenden Kleinaktionäre, die nicht in der Lage sind, Reisegele zu opfern und an der Versammlung teilzunehmen, erfahren, wie es um die Gesellschaft steht, der sie ihr Eigentum anvertraut haben, das lehrt die Verwaltungen wenig. Hauptsache ist, daß die häßlichen Debatten, die Kritik der Aktionäre an der Geschäftsführung nicht in der Presse breitgetreten werden. Das beste Mittel, um das zu verhindern, ist der Ausschluß der Pressenvertreter an der Generalversammlung.

Vielleicht kann man aber den Verwaltungen der Aktiengesellschaften nicht einmal einen so großen Vorwurf daraus machen, daß sie Läden oder Mängel des Gesetzes für sich auszunutzen bemüht sind. Die Öffentlichkeit hat indessen ein unbestreitbares Recht darauf, in die Vorgänge einer Aktiengesellschaft Einblick zu bekommen. Die einfachste Logik liefert dafür den Beweis: wenn die Aktiengesellschaft Geld braucht und neue Aktien ausgeben will, dann wendet sie sich an den öffentlichen Kapitalmarkt, also an die Börse. Wenn die Börse oder das hinter ihr stehende Publikum Geld geben soll, so darf es bei der Gesellschaft keine Heimlichkeiten geben. Nur wer vor der Öffentlichkeit nichts zu verbergen hat, kann auf Unterstützung durch die Öffentlichkeit rechnen. Es geht nicht an, daß man auf der einen Seite Presse und offenen Geldmarkt für sich nutzbar zu machen sucht, um der Öffentlichkeit dann, wenn sie unbedeutsam wird, ein Schnippen zu schlagen. Wer nicht die Pflichten des Aktienrechts auf sich nehmen will, der muß auch auf seine Wohltaten verzichten.

In mannigfacher Hinsicht bedarf das Aktienrecht der Umformung. Eine wichtige Bestimmung, die in das Gesetz neu aufgenommen werden muß, ist der Zwang zur öffentlichen Abhaltung der Aktionärsversammlungen.

Der internationale Glühlampentrust.

Der internationale Glühlampentrust ist fertig. Die hauptsächlichsten Fabriken Europas und der Vereinigten Staaten haben sich in Interessengemeinschaften zusammengeschlossen. Die Schwierigkeiten, die bei diesem Zusammenschluß zu überwinden waren, waren verhältnismäßig gering, denn in fast allen Ländern liegt die Produktion in den Händen einiger weniger Gesellschaften. In Deutschland kann, seitdem sich im Jahre 1919 die hauptsächlichsten Glühlampenfabrikanten Deutschlands, Auer, AEG und Siemens, zu der Osramgesellschaft zusammengeschlossen haben, von einer namhaften Konkurrenz nicht mehr die Rede sein. Gewiß gibt es außer der Osramgesellschaft noch Pintsch, Bergmann und die Radium A.G., die eine bedeutende Produktionsfähigkeit haben. Aber einmal reicht diese nicht an die von Osram heran, und weiter produzierende Pintsch und Bergmann auf Grund

Schlieben.

Der Finanzminister der Republik.

Eine Ueberraschung war es immerhin, als der Reichstagspräsident gestern das Schreiben des Reichskanzlers bekanntgab, das die Mitteilung über die Ernennung des neuen Reichsfinanzministers enthielt. Man hatte im Reichstag bereits ein Kabinettsmitglied angestellt, wor sich wohl zum Lückenbüßer hergeben würde, und böse Zungen behaupteten, daß der letzte, der Herrn Dr. Luther eine Abgabe erteilt hatte, sein eigener Portier vom Wilhelmsplatz gewesen sei. Doch das ist natürlich nicht wahr. Der Portier kann es bestätigen.

Sonst war es aber ein ganz amüsanter Moment, als der Name des Herrn v. Schlieben genannt wurde. Die gesamte Linke begrüßte ihn, wenn auch nicht gerade liebevoll, so doch entschieden stürmisch. Und Herr v. Schlieben bekam auf der Ministerbank rote Ohren. So freute er sich. Ja, man kennt sich eben.

„Die armen Beamten!“, „O, die Reichsarbeiter!“, „Besoldungsordnung — Schlieben, Schlieben!“ So klang es wild durcheinander. Ein Zeichen, daß es für den neuen Säckelmeister unangenehme Aufgaben und — Erinnerungen gibt.

Und wahrlich, alle Arbeitnehmer des Reichs, und nicht nur sie, sondern auch die Arbeitnehmer der Länder und Gemeinden — man denke an das Sperrgesetz — „jauchzen“ förmlich auf, wenn sein Name fällt. Alles, was ihnen in den letzten Jahren in puncto Besoldung und Abbau, und was damit zusammenhängt, Böses getan wurde, findet seine Verkörperung in dem Namen Schlieben. Natürlich hat er gute Mitarbeiter gehabt. Sie haben das selbe Kaliber: die Herren Kühnemann und v. Hagenow. Ihr Meister führte sie, und schnell lernten sie, was sie noch nicht konnten. Auch wenn Herr Dr. Luther sie alle in kritischen Momenten deckte, was er notgedrungen tun mußte, die wirkliche Verantwortung blieb bei dem Kleeblatt. Und Herr v. Schlieben ist der schlimmste unter ihnen.

Mit dem Namen Schlieben untöschlich verbunden ist die brutale Art, mit der beim Abbau vorgegangen wurde. Die Ablehnung der vom zuständigen Reichstagsausschuß während der Zeit des Ermächtigungsgesetzes gewünschten Widerungen der Abbauperioden fallen auf ihn zurück. Er trägt die Verantwortung für die reaktionäre Tendenz, die seit Jahr und Tag in der Beamtenbesoldung eingerissen ist. Der Mißbrauch vom Reichstag erteilter Ermächtigungen zur einseitigen Benachteiligung der breiten Massen der Beamten der mittleren und unteren Besoldungsgruppen ist sein Werk. Noch unvergessen und ungefühlt sind die Besoldungsstände vom Juni und November 1924; und ebenso die eigenmächtige Einführung des Wohnungsgeldes und des neuen ungerechten Ortsklassenverzeichnisses. Ueber all dieses wird mit Herrn v. Schlieben abzurechnen sein. Herr Dr. Luther kann ihn diesmal nicht mehr schützen.

Doch es gibt auch Menschen, die mit ihm zufrieden sind. Zwar sind es nicht viele, doch sie sind da und befinden sich in dem „Reichsbund höherer Beamten“. Für sie und für die Ministerialbeamten hat Herr v. Schlieben gesorgt wie ein Vater für seine lieben Kinder. Bei den Besoldungsverhandlungen im Reichsfinanzministerium, denen Herr v. Schlieben vorlag, glaubte man oftmals aus seinen Worten nicht den Vertreter der Reichsregierung, sondern den Gewerkschaftsvertreter der höheren Beamten sprechen zu hören. Stand aber die Besoldung der Beamten der mittleren und unteren Gruppen zur Debatte, oder ging es um Tarifverhandlungen für die Reichsarbeiter und Reichsangeestellten, dann war Herr v. Schlieben nur der gestrenge und sparsame Vertreter seines Herrn, des Reichsfinanzministers.

Eine ganz besondere Note erhielten die Verhandlungen noch durch die Art und Weise, wie Herr v. Schlieben zu verhandeln und die Gewerkschaftsvertreter mitunter zu behandeln pflegte. Der Fall, daß er Verhandlungen ablehnte, und die Gegenseite vor ein Entweder-Oder stellte, war nicht selten. Oft sind denn auch die Verhandlungen zu Bruch gegangen. Der Eisenbahnerstreik im Februar 1922 war eine Folge dieses Auftretens. Und die letzte Abfertigung der Beamtenvertreter auf dem Korridor des Reichsfinanzministeriums ist noch frisch in aller Erinnerung. Ja, es gibt Leute, die behaupten, daß Herr v. Schlieben diese Taktik ganz absichtlich und mit dem Ziel verfolgte, die Republik den Reichsbeamten und Reichsarbeitern zu vermissen.

Herr v. Schlieben ist nun Reichsfinanzminister. Ein Schrei der Empörung wird durch die gesamte Arbeitnehmererschaft des Reichs gehen. Und doch ist dies eigentlich gut so. Denn jetzt wird er, und nur er, für alles das, was er als Drahtzieher einbrochte, geradestehen müssen. Davon wird ihn auch sein lechter außerordentlich schlau berechneter Schachzug nicht schützen, den er noch als Ministerialdirektor tat. Um nämlich die unangenehme Sache mit der Besoldung soweit wie möglich hinauszuschieben, hat Herr v. Schlieben die letzte „Besoldungserhöhung“ als Ermächtigung für den Reichsfinanzminister, Zuschläge zu gewähren, in das Etatsgesetz eingebaut. Dies bedeutet, daß die Angelegenheit erst mit dem Etatsgesetz, d. h. am Schluß der ganzen Etatsberatung, behandelt wird. Mit anderen Worten: die Sache kann, geht's gut, erst im Herbst oder noch später zur Beratung kommen. Und bis dahin fließt viel Wasser die Spree hinab; man hat sich beruhigt und abgefunden.

Der Plan ist fein gesponnen. Doch hat Herr v. Schlieben die Rechnung ohne die Sozialdemokratie gemacht. Das erste, was im Haushaltsausschuß zur Sprache kommt, wird jener Paragraph des Haushaltsgesetzes sein. Die erste Ruß für Herrn v. Schlieben wird seine Behandlung der Arbeiter, Angestellten und mittleren und unteren Beamten des Reichs sein. Man darf gespannt sein, ob er sie knaßen kann, oder wer ihm dabei Ruchnackerdienste leisten wird. Das Weitere findet sich dann. Politisch darf man den neuen Finanzminister ruhig den Deutschnationalen zuzählen. Er ist von demselben Genre wie sein ostpreussischer Landsmann, der Ernährungsminister Graf Ranik. Beides ostelbische Krauthunker der reaktionärsten Sorte. Als Beamter der Republik hat sich Herr v. Schlieben dadurch ein besonderes Verdienst erworben, daß er sich von Eitel-Schieberich zum Ritter des Johanniterordens schlagen ließ, dessen fundamentalstes Gebot der Treue schwur für den König von Preußen bis in den Tod ist. Herr v. Schlieben fügt sich also als Reichsfinanzminister dem Gesamtrahmen des Kabinetts Luther durchaus harmonisch ein.

Arme Republik!

Westarp hält seine Regierungsrede.

Verdrängung der Sozialdemokratie. — Allmähliche Ausbröckelung der Republik.

Genosse Breitscheid kritisierte im weiteren Verlauf seiner Reichstagsrede, die wir in einem Teil der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten konnten, das Verhalten des Außenministers Stresemann in der Frage der Nichträumung der Kölner Zone und wies darauf hin, eine wie große Torheit es sei, durch Verletzung der Abrüstungsbestimmungen in verhältnismäßig unwichtigen Dingen der Entente das Scheitern eines Rechts auf Nichträumung zu geben. Als die Rechte des Hauses darauf Genossen Breitscheid mit unsäglichem Bemerkungen, wie „Gehen Sie doch nach Frankreich!“ bedachte, führte er als Beispiel die Spielerei der Ausbildung Angehöriger studentischer Korporationen als Zettelfreiwillige bei der Reichsmehr an. Auf der Rechten erhoben sich Rufe: „Landesverräter!“, der deutschvölkische Abg. Henning fragt: „Ist die Rede von Frankreich bezahlt?“ Genosse Breitscheid antwortet: „Nur ein Lump kann so fragen!“ Unter der stürmischen Unruhe des Hauses werden Breitscheid und Henning zur Ordnung gerufen.

Die Zusammensetzung des Kabinetts Luther, so führt Genosse Breitscheid fort, läßt den Schluß zu, daß man gegen die republikanische Verfassung auf trockenem Wege vorgehen will. Hier sitzen offene Anhänger der Monarchie, Feinde der Republik, die wir mit Föhnen und Klauen zu verteidigen entschlossen sind. (Stürmischer Beifall.) Wir sehen Gehler, den Reichswehrminister von Ewigkeit, (Handelstischen bei den Deutschnationalen.) Breitscheid charakterisiert die Stellung der deutschnationalen Kabinettsmitglieder Schiele, v. Schlieben und Reuhaus zur Verfassung und sagt von Reuhaus: Wenn er heute den vorgeschriebenen Eid geleistet hat, so steht es so aus, als ob ihm der Schwur leichter geworden sei, weil er die Tür zu einem Kabinett öffnet, das er als Etappe auf einem Wege ansieht, der zur alten monarchischen Staatsordnung zurückzuführen soll. (Zuruf von den Deutschnationalen: Gott sei Dank! — Breitscheid: Gott sei Dank! Stürmische Unruhe und Bewegung im ganzen Hause. — Dr. Wirth schlägt mit der Faust auf den Tisch.) Man sieht den Reichstagskanzler Luther von seinem Platz aufspringen und auf seinen Ministertollegen Schiele zugehen, auf den er lebhaft eintredet: offenbar hätten die Herren erkannt, daß ihnen durch diese deutschnationalen Offenherzigkeit das ganze Konzept der „verfassungstreuen“ Ziele ihrer Regierung vorzeitig verdorben worden war.

Breitscheid fährt fort: Die Zwischenrufe der Deutschnationalen Volkspartei haben den Charakter des Kabinetts Luther enthüllt.

(Stürmischer Beifall und Rufen links, Bewegung im ganzen Hause.) Die Sozialdemokratie hat jahrelang positiv mitgearbeitet, weil sie sich der Gefahr Deutschlands bewußt war. Aus demselben Beweggrund nimmt sie jetzt den schweren Kampf im vollen Vertrauen auf ihren Sieg auf. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Während der Rede des Genossen Breitscheid war im Reichstag folgender Antrag von den Deutschnationalen, dem Zentrum, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei und der Christlichsozialen Vereinigung eingegangen: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.“

Sozialdemokraten und Kommunisten beantragen ein Mißtrauensvotum.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) erklärt sich bereit, den Antrag auf Billigung der Regierungserklärung anzunehmen, um der Regierung es so zu ermöglichen, die Geschäfte des Reiches zu führen. Wir haben dem Eintritt von Parteimitgliedern und eines Fraktionsmitgliedes in das Kabinett zugestimmt; leicht ist uns dieser Entschluß nicht gemacht worden. (Lachen links.) Es war nur durch weitestens Entgegenkommen von unserer Seite, durch schwere Opfer unserer Ansprüche möglich. (Erneutes Lachen links.) Das Ergebnis der neuen Regierungsbildung befriedigt uns nicht vollkommen, es ist ein Anfang, ein erster Schritt, ein Versuch, keine endgültige und befriedigende Lösung. (Großes Gelächter links.) Der jetzige Anteil an der Regierung entspricht nicht der Tatsache, daß wir die weitaus stärkste Regierungspartei sind. (Lärm links.) Es wäre richtig gewesen, wenn die Regierungsparteien das Vertrauen in unzweifelhafter Form ausgesprochen hätten. Wir hätten ein direktes Vertrauensvotum gewünscht im Einklang mit dem Reichstagskanzler und der Deutschen Volkspartei. Leider hat sich das Zentrum in diesem Gedanken verjagt. Wenn damit durchaus eine losere Verbindung zum Ausdruck gebracht werden soll, so nehmen wir das gleiche Recht für uns in Anspruch, nicht voll gebunden und verantwortlich zu sein. (Lärm links.) Politisch legen wir den entscheidenden Wert darauf, daß auch die anderen Parteien ebenso wie wir die Annahme der Billigungsformel in voller Geslossenheit aussprechen. (Hört! hört!)

Ob damit die Sicherheit der Regierungsverhältnisse wirklich gewährleistet ist, wird die Zukunft weisen. Sie wird aus schwerster Gefahr rettet sein, wenn nicht auch in Preußen der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Führung der Geschäfte aufhört. (Lebh. Beifall rechts, stürmische Aha-Rufe der Soz.)

Der Redner erklärt dem Zentrum, daß sein Vertrauen in die Haltbarkeit und Brauchbarkeit dieses Regierungszusammenschlusses im Reich wesentlich davon abhängig sein werde, ob das Zentrum in Preußen an dem Bündnis mit Braun und Severing festhalten wolle. (Bewegung u. lebhaftes Unruhe.) Auch sachlich bedeute eine sozialdemokratische Regierungsgewalt in Preußen schwerste Hemmnisse für die von der neuen Regierung beabsichtigte sachliche Arbeit im Reich. (Großes Lärm links, Beifall rechts.) Nur der Umstand, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen stehe, habe es diesen überhaupt ermöglicht, am Kabinett Luther teilzunehmen. Sie hätten damit eine Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllt, das unbedingt eine handlungsfähige Regierung brauche. Kein Politiker zweifle daran, daß nach der Aufhebung des Korruptionssumpfes eine Neuwahl für die Linke endgültig vernichtet sein werde. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl werde diese Voraussetzungen bestätigen.

Die nationale Bewegung müsse auch in Geseßgebung und Verwaltung den gebührenden Einfluß erhalten.

Die Deutschnationalen würden weiter kämpfen, um zu vollkommeneren und besseren Ergebnissen zu gelangen. Der Inhalt der Regierungserklärung ermögliche den Deutschnationalen die Billigung, obwohl ausgesprochen werden müsse, daß sie manche Konzession an die Linke enthalte, die besser unterbleiben wäre. Begrüßenswert sei der Entschluß, der für die Deutschnationalen maßgebend war, endlich zu sachlicher Arbeit zu kommen. Wenn die Sozialdemokratie die Unabhängigkeit wahren könne, könne der Reichstag durchaus sachliche Arbeit leisten. Begrüßenswert sei auch das Bekenntnis zur christlichen Grundlage unserer Kultur. (Beifall rechts.) Mit eisernem Wesen müßten Sauberkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens wiederhergestellt werden. Zu den Aufgaben des Innenministers gehöre besonders

die bessere Beachtung der föderalistischen Rechte der Bundesstaaten und die Befreiung und Förderung der vaterländischen Bewegung. (Lebh. Aha-Rufe links.)

Folgt die Behauptung des Abg. Müller-Franken, unsere Teilnahme an der Regierung sei erfolgt, um der Arbeiterchaft die Herrschaft des internationalen Großkapitals entgegenzusetzen. Gerade das parlamentarisch-republikanische System ist es ja gewesen, das in

Deutschland der Herrschaft des Kapitals, und zwar nicht des ehrlich arbeitenden, sondern des Kapitals der Schieber und Betrüger Tür und Tor geöffnet hat, und der Gegensatz zwischen Arbeitern und Bürgern in ein Gewäch der Klassenkampfbildung, wegens dem deutschen Volke, in dem jeder Arbeiter ein Bürger und jeder Bürger ein Arbeiter ist. (Große Unruhe links.) Es handelt sich nicht um Bürgerkrieg gegen Arbeiterpartei.

Wohl aber ist für unser Verhältnis zu der jetzigen Regierung maßgebend das Ziel, die sozialdemokratische Partei ihres beherrschenden Einflusses, mit dem sie zur Revolution getrieben und aus der Revolution Gewinn gezogen hat, zu entkleiden, die Partei des Klassenkampfes und der Internationalität gerade vermöge des von ihr geschaffenen parlamentarischen Systems auch einmal in die Minderheit zu verweisen. (Widerspruch und Lachen links.)

Bei den finanziellen und sozialpolitischen Aufgaben sei Vorsicht ohne Plage, um nicht erneut die Krise einer Kreditinflation herbeizuführen. In den Dienst dieser Aufgabe muß auch die unbedingt notwendige Steuerreform gestellt werden. Die jetzige Steuerlast vernichtet die Substanz und die Arbeitskraft der deutschen Wirtschaft. Die notwendige Form wird jetzt besser möglich sein als früher, sofern die Regierung sich endlich frei macht von der Rücksicht auf das sozialdemokratische Geschrei nach der Erziehung des Besitzes, eines Besitzes, der durch die heutige Entwicklung teils ganz verloren, teils in seiner Ertrags- und Arbeitsfähigkeit weit über das zulässige Maß hinaus beschränkt ist. Kapitalzinsen und Eisenbahnfrachten wirken heute ähnlich wie die Steuern als schweres Hemmnis der Entwicklung. Auch hier betont die Regierungserklärung mit vollem Recht, daß nur durch Stärkung und Befundung der deutschen Wirtschaft die Grundlage für sozialpolitische Arbeit geschaffen werden kann. (Widerspruch links.) Zur Regierungserklärung über die Arbeitszeit könne endgültig praktisch noch nicht Stellung genommen werden. Auch zu den übrigen von der Regierung angekündigten Gesetzentwürfen behalte sich seine Fraktion die Stellungnahme vor. Der Redner kritisiert dann die bisherigen Handelsvertragsverhandlungen, in die man mit völliger Planlosigkeit hineingeschüddert sei. Das Versäumte müsse hier nachgeholt werden.

Der Redner fordert, daß der innere Markt nach Bismarckschem Muster durch Schutz- und Ausgleichszölle gestärkt werde. Die Kosten des Londoner Abkommens bezeichnet der Redner als unerfüllbar und unerträglich. Die Regierung müsse die nötigen Änderungen des Abkommens durchsetzen.

Die Nichträumung der Kölner Zone sei ein Rückfall in die Sanktionspolitik. Die deutsche Note hätte die Rückgewinnung des deutschen Rechts noch klarer und erschöpfender darlegen müssen. Die Entwaffnungsfrage sei für die Alliierten nur ein Vorwand. Der Redner verweist dann auf den neuen Reichsbruch im Osten und fordert Gegenmaßnahmen der Reichsregierung. Wir fragen die amerikanischen und englischen Staatsmänner, wie unter solchen Umständen Vertrauen und Zuversicht im deutschen Volke entstehen sollen? Von der anderen Seite her ist die Grundlage zur Verständigung aufs schwerste erschüttert worden. Sanktionspolitik und Londoner Protokoll, Vertragsbruch und Verständigung, Gewalttat und friedliche Entwicklung, das muß auf die Dauer auseinandergehen, das mögen ganz besonders die Vereinigten Staaten beachten, die von Deutschland so nachdrücklich die Annahme des Londoner Protokolls verlangt haben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auf diesem Gebiet liegen die Aufgaben der äußeren Politik, um deren Erfüllung wir an der Regierung teilhaben wollen, weil wir überzeugt sind, daß auch sie nur gelöst werden können, wenn die deutsche Regierung frei ist von den internationalen Einflüssen der Sozialdemokratie und eines würdlosen Pazifismus. Man kann jetzt geteilter Meinung darüber sein, ob die Note vom 9. Januar nicht schon zu weit gegangen ist. Jedenfalls werden sich bald und deutlich Grenzen deutscher Unterwürfigkeit ergeben, die keine Regierung überschreiten kann.

Westarp führt weiter aus, das Handelsprovisorium mit Frankreich werde solange nicht zustande kommen können, als die Franzosen bei ihrer Haltung bleiben. Ein Ausnahmeantrag in den Völkerbund dürste keine Wiederholung des Schuldbeitrages bringen. Für die amtliche Widerlegung der Kriegsschuldfrage würden die Deutschnationalen allen Einfluß einbringen.

Wir werden in der praktischen Arbeit von unseren Zielen zu verabsäumen suchen, was nur irgend erreichbar ist. Das schafft eine besondere Lage hinsichtlich unseres Verhältnisses zur Verfassung. Daß die Verfassung vom 11. August mit den zahlreichen Änderungen, die sie bereits erfahren hat, auch von uns als bindendes Recht und als Grundlage unserer Arbeit anerkannt wird, ist selbstverständlich, und ebenso selbstverständlich ist es, daß wir ihre Forderung durch Gewalt nicht wollen. Wir billigen aber auch, daß endlich eine Reichsregierung sich bereit erklärt, die Bestimmungen der Reichsverfassung in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesundet. Besonders die Beziehungen des Reichs zu den Ländern müssen betrachtet werden. Wir erwarten, daß in diesem Reichstag, in dem Sozialdemokraten und Kommunisten noch über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügen, wirklame Verbesserungen schwerlich erreichbar sein werden.

Um so mehr wollen wir die Aufgabe sein, Aufklärung über die Mängel des demokratischen, parlamentarischen Systems in das Volk zu tragen und für den Gedanken zu werben, daß der neue Aufbau des Reichs nur in enger Anknüpfung an bewährte historische Ueberlieferungen durchgeführt werden kann.

Wenn wir auch auf dem Gebiete der äußeren Politik praktisch an das bestehende internationale Recht und an die durch Deutschlands Wehrlosigkeit gegebene Lage gebunden sind, so halten wir auch hier an unseren letzten Grundätzen und Zielen fest. Auch hier wird es nicht immer möglich sein, sie in der praktischen Arbeit voll durchzusetzen, auch hier können wir darum nicht verzichten, darüber hinaus aufzustreben zu werden. (Lärm links.)

Unsere praktische Politik und Werkarbeit im Volke wird ferner der Ueberzeugung dienlich gemacht werden, daß nicht bedingungslos Unterwerfungen, nicht die Rückflucht auf Internationalität des Proletariats uns der Freiheit näher bringen können. (Lachen links.) Wir wollen in unserem Volke der Erkenntnis Beachtung schaffen, daß das deutsche Recht sich nicht durchsetzt, wenn dahinter nicht ein stählender Wille des ganzen Volkes steht. Das ist nicht möglich, ohne innere Erneuerung des Volkes, ohne Abkehr vom Materialismus. (Lärm links.) Darum werden wir uns einengen für christliche Jugendberziehung und christliche Kultur als Grundlage des staatlichen und öffentlichen Lebens. (Zuruf links: Kaiserneubau und Zuchthaus.) Wir werden uns weiter einengen für völkisches Festhalten am deutschen Wesen, deutscher Eigenart und geschichtlicher Ueberlieferung. (Aha-Rufe links.) Für einen festen nationalen Willen, der auf das alle politischen Aufgaben der Gegenwart beherrschende Ziel gerichtet ist, Nation und Reich von Schmach und Knechtschaft zu befreien. (Lebhafte Beifall rechts.)

Präsident Löbe ruft den Abg. Graf Westarp nachträglich zur Ordnung, weil er den Abg. Dittmann infolge eines sich aus helffentlich beziehenden Zwischenrufs beleidigt hat, desgleichen der

Der „Knigge“.

Von Wilhelm Lichtenberg.

Im Jahre 1788 ließ der Schriftsteller Adolf Freiherr von Knigge, wohnhaft in Hannover, ein dickleibiges Werk im Buchhandel erscheinen. Es nannte sich: „Ueber den Umgang mit Menschen“ und das merkwürdigste an diesem Werke, das bald in weitesten Kreisen populär wurde, war, daß der Verfasser mit seinen knapp sechsund-dreißig Böhren ein Vexierbuch herausgab, wie die Menschen unter- und miteinander verkehren sollten, um das tägliche Leben, den Verkehr zwischen den Menschen zu dem zu machen, was sie sein sollten, zu einer Quelle ewiger Harmonie und anhaltender Freude! — Einige Jahre später schon wurde das Buch des Freiherrn von Knigge in alle Kultur Sprachen überetzt, er zählte bald zu den populärsten Männern seines Zeitalters. Sein größter Erfolg ist es aber sicherlich, daß der Name „Knigge“ bis heute aus dem Sprachgebrauch der Deutschen — und wohl auch fremder Völker — nicht verschwunden ist, daß er als Begriff im Volke fortlebt und daß der selbige Knigge mit seiner Weisheit über den Umgang mit Menschen immerfort bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten zitiert wird.

Trotzdem glaube ich nicht, daß sich unsere Zeitgenossen, die den Namen „Knigge“ so oft und so gerne im Munde führen, noch allzuoft die Mühe nehmen, in dem alten Buche nachzulesen und mit dem Freiherrn, der für so komische Sachen, wie sie die Abfassung eines Buches über den Umgang mit Menschen darstellen, Zeit und Mühe fand, posthume Bekanntheit zu schließen. — Denen, die sich dieser Mühe bisher nicht unterzogen haben, und es wird der überwiegende Teil aller Leser sein, muß ich doch eine kleine Enttäuschung bereiten. Spricht man vom „Knigge“, dann denkt man dabei an eine Schrift, so ähnlich wie etwa: „Wie wirke ich auf die Frauen?“ oder „Der gute Ton in allen Lebenslagen“. Also ungefähr eine Sammlung von Prosaen und Rezepten, wie man ein Gentleman oder ein Frauenoberer wird. Nun mit derartem hat sich Herr von Knigge, gewiß einer der seriösesten Schriftsteller seiner Zeit, nicht abgegeben! Und wenn man einem fleißigsten Menschen zuruft: „Lesen Sie den Knigge!“ und er nähme sich unsere Aufforderung wirklich zu Herzen, dann würde er nach der Lektüre nicht mehr wissen, als vorher! Denn der „Knigge“ sagt gar nicht, wie Lämmer zu einer feineren Lebensführung gelangen können. Diese tut er von vornherein als irreparabel ab. Adolf Freiherr von Knigge war ein Philosoph und hat das gesellschaftliche Leben seiner Zeit streng unter die Lupe genommen. Er ist dabei überaus gründlich zu Werke gegangen und hat keinen Zweig des öffentlichen Lebens, kein Verhältnis der Menschen zueinander, keine Gemütsart außer acht gelassen. Ich frage: Seiner Zeit? Nun, wir wollen kurz sehen, wie weit sich die Beobachtungen des Herrn von Knigge frisch erhalten haben!

Jeder Mensch gilt in dieser Welt nur so viel, als er sich selbst achten mag. — Diesen Satz sieht er an die Spitze seiner Ausführungen und bezeichnet ihn selbst als einen goldenen Spruch. Knigge war also durchaus ein Mann der praktischen Lebenserkenntnis, verschonte sich und seine gute Einsicht nicht hinter papierene Weisheit. Mit unerbittlicher Schärfe sieht er die Menschen und ihre geheimsten Beweggründe für gute und böse Taten. Es ist eine nüchterne Sachlichkeit in diesem Buche, die manchmal zweifelhaft läßt, ob der Autor wirklich im romantischen Zeitalter gelebt habe und nicht etwa in unserer Welt wandle, in dieser entgötterten, materialisierten Zeit. Vor allem predigt er, niemals einen Mangel, eine Hemmung, einen Kummer seinem Nächsten zu verraten. „Selbst Deinem treuen Weibe kaum...“ Weil er meint, daß alle Anteilnahme, alle Hilfe nur den Mächtigen, Unversehrten zugute kommt, und daß sich von dem Schwachen, Hilfsbedürftigen alles abwendet. Allerdings warnt er auch davor, sein Glück und seine Vorzüge an die große Glocke zu hängen, weil die Menschen niemals ein solches Uebermaß des andern, ohne zu murren, hinnehmen. Allerdings weiß er nicht eindringlich genug vor allzu großer Bescheidenheit zu warnen. Hier verlobt er sich schon, ihn würdlich zu zitiieren: „Jeder sorgt für sich und die Seinigen, ohne sich um den bedauernswerten Mann zu kümmern, der indes nach Gemächlichkeit in seinem Winkelchen seine Talente vergraben oder selbst wohl gar verhungern kann. Darum bleibt so mancher Tüchtige bis an seinen Tod unerkannt und von dem nützlichen Wirkungskreise, der für ihn und für den er geschaffen scheint, ausgeschlossen, weil er nicht darum betteln kann.“ Ich glaube, dies gilt heute fast noch mehr, als vor hundertvierzig Jahren! Und wie gerne möchte man den Menschen von heute immer

wieder die Bemerkung aus dem „Knigge“ zurufen: „Vor allen Dingen wirf Dich nicht zum Sittensrichter auf und erteile ungefragt und ohne entscheidenden Beruf seinen Rat!“

Und weil wir schon einmal glauben, es herrlich weit gebracht zu haben und auf die verstaubten Verände vor Anno dazumal mit Spott niederblicken zu können — und weil wir insbesondere glauben, ein Mann, der sich die Mühe nahm, Grundsätze für den Umgang mit Menschen zusammenzutragen, müßte ein eiliger Phylister sein, so hören wir, was dieser Knigge über die Bedanten zu sagen weiß: „Hüte Dich aber den Geist der Ordnung nicht in Bedanterie aus-

Hans Luther im Glück.



„Für meine Zukunft ist gesorgt. Gehst es mit der Reichszanzlerei nicht weiter, mach' ich ein Korbgeschäft auf.“

arten zu lassen, in jene lächerliche Pünktlichkeit, die heute alles genau so tun will wie gestern, die für jede Stunde des Tages Arbeit und Genuss abgezurrt hat und bei der erster Störung verdrücklich oder lächerlich zuckend wird, wie eine stockende Maschine.“ — Auch sonst dürfte Knigge wohl kein Blaustrumpf gewesen sein, denn er betont es sehr kräftig, daß man nicht vergessen solle, daß die Menschheit lieber unterhalten, als belehrt sein will und daß ewig dozierende und belehrende Menschen nicht wohl gelitten sind!

Ein Wissender in der Liebe und in der Ehe scheint der alte Knigge freilich nicht gewesen zu sein. Ueber die Frauen und ihre Behandlung weiß er jedenfalls nicht viel zu sagen. Oder sind die Frauen sagt, daß sie an der Spitze einer Bücherzensur, „am ersten geändert hat“... „Tropfen fällt ihm auf diesem Gebiet der einzige Biß seines sonst sehr ernsthaften Buches ein, wenn er von gewissen Frauen sagt, daß sie an der Spitze einer Bücherzensur, „am ersten den Kalender verbieten würden!“ Insofern geht er mit den „Verworfenen“ streng ins Gericht und setzt von dem Leser voraus, daß er von ihm über den Umgang mit solchen nicht belehrt sein wolle... Hier verdrückt es ihm so sehr die Rede, daß er nur mehr Salomo, Sprüche 7, 6 ff. zu zitieren weiß! Von der Liebe meint er, daß sie „ein süßes Ungemach“ sei und daß es verlorene Mühe wäre, Verliebten Regeln über ihren Umgang zu geben! Ueber die Ehe denkt er nur sehr skeptisch und meint, daß die Wohl selten richtig gelinge. Immerhin verleiht er sich so weit, anzudeuten, daß „die Sinnlichkeit leicht nach dem heftigsten Streit vermittelt...“

Sehr streng ist er in der Beurteilung von Hofleuten und — Künstlern. Von Hofleuten sagt er, daß sie besser Nieman als Buchstaben lesen können, da Niemanlesen fast ihr einziges Studium sei... Ganz besonders aber will er von den Künstlern nichts wissen — oder rät jedenfalls zu größter Vorsicht vor solchen — deren Tätigkeit doch hauptsächlich dem Vergnügen gilt. Also: „Sänger, Virtuosen, Tänzer und Schauspieler“. Er wirft ihnen Arroganz und Ueberheblichkeit vor und meint, daß es kaum befremden könne, wenn ein Sänger, der höher bezahlt wird als ein Staatsminister, sich über diesen erheben dürfte. Es muß also schon damals so merkwürdig in der Welt zugegangen sein! Er weiß nicht eindringlich genug zu raten: „... einen vertrauten Umgang mit dieser Menschenklasse nur nach der strengsten Auswahl zu suchen!“ Und überhaupt ist er gegen das Theater, freilich aus Gründen, die nicht so absurd erscheinen: „Da aber die meisten Theaterdirektoren nur Rollen für geübte Schauspieler schaffen, und unter den Schauspielern auch die besten schwach genug sind, vorzugsweise solche Rollen zu wählen, in denen sie glänzen können, so kann weder beim Besuche des Theaters, noch beim Umgang mit Schauspielern viel Gutes herauskommen.“

Aber — am besten — man trame sich das Buch des Freiherrn von Knigge selbst hervor und begnüge sich nicht damit, immer nur den andern diese Bektüre zu empfehlen. Man wird eine Fülle von herrlicher Lebensbeobachtung darin finden und viel auf den eigenen Weg mitnehmen. Man besorge ja nicht, daß die Maximen des „Knigge“ doch nicht mehr in unsere heutige Zeit passen! Ich glaube, wir wissen heute noch nicht einmal in den zehn Geboten Bescheid: Vielleicht, daß wir in ein paar tausend Jahren beim „Knigge“ halten werden.

Wie lange dauert es, bis ein Mensch sieht? Mit so großer Schnelligkeit auch die Vorgänge in unserem Körper, und Ganglienapparat abspielen, eine gewisse Zeit vergeht doch immer, bis eine Wahrnehmung uns zu Bewußtsein kommt. Und wenn auf diese Wahrnehmung eine Reaktion erfolgen soll, etwa eine Muskelstätigkeit, so vergeht weitere Zeit, bis von dem Gehirn die Muskeln in Tätigkeit gesetzt werden. Die Zeit nun, die vergeht von dem Auftreten einer Lichterscheinung bis zu dem Augenblick, da die Muskeln in Tätigkeit treten, beträgt im Durchschnitt drei Zehntel Sekunden. Je nach der Veranlagung des Individuums kann sie sich eine Kleinigkeit verkürzen, andererseits allerdings auch bedeutend, bis auf das Doppelte verlängern. Der Durchschnitt der Menschen aber reagiert nach diesen drei Zehntel Sekunden. Was das aber bei der Schnelligkeit mancher unserer Fahrzeuge bedeutet, kann eine einfache Berechnung klar machen. Wenn ein Schnellzug mit 80 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde fährt, legt er in diesen drei Zehntel Sekunden 7 Meter zurück. Ein mit 100 Meter Geschwindigkeit fahrendes Auto legt etwa 9 Meter zurück. Es ist dem Führer eines schnellfahrenden Zuges oder Autos also gar nicht möglich, auf eine Entfernung von weniger als 7—9 Meter mit der Bremse einzusehen. Das ist jedoch der allgeringste Fall, der nur dann eintritt, wenn der Fahrer sofort nach einer Wahrnehmung förmlich ausformalisch die Bremse in Bewegung setzt. In den meisten Fällen muß ein wenig auch noch so kurzes Zögern, auf Ueberraschung oder mangelnder Gefühlsgegenwart beruhend, als normal angenommen werden, was die Zeitpausen von der Wahrnehmung bis zum Einlehen der Muskelstätigkeit auf mindestens das Doppelte erhöht.

Morky von Sachsen und der Schmied. Von Morky von Sachsen, der unter dem Namen Marischall von Sachsen bekannt ist, werden mannigfache Anekdoten erzählt, die von seiner ungewöhnlichen Körperstärke Zeugnis ablegen können. Hierher gehört die folgende Erzählung. Der Marischall ritt einmal mit einigen Freunden aus und als sie an einer Schmiede vorbeikamen, gab er vor, sein Pferd bedrängen lassen zu müssen. Der eigentliche Grund, weshalb er beim Schmied einkehren wollte, war aber, vor diesem und seinem Begleitern mit seinen außergewöhnlichen Körperkräften zu probieren. Als der Schmied nämlich ein Eisen brachte, mit dem er das Pferd schlagen wollte, behauptete der Marischall, das Eisen sei nicht gut und zum Beweis dessen zerbrach er es mit seinen starken Händen. Das wiederholte er auch noch mit vier weiteren Hufeisen. Der Schmied sagte nichts dazu, als aber das Beschlagen endlich beendet war und der Marischall ihm einen Teller von 6 Pfund als Belohnung zuwarf, meinte er: „Ich habe auch gutes Eisen gegeben, zum müßt ihr nur aber auch gutes Silber geben“ und er schloß die Kasse und zerbrach sie nun feinerleits. Dasselbe tat er mit weiteren vier Silbermünzen und gab sich erst zufrieden, als ihm der Marischall einen Louisdor zumarf.

Das Fest der Liebe.

Von August Stramm.

Da hörten sie ein Gausen hinter sich, ein Reuchen... und hatte sie jetzt der Alte den Jungen gezogen, so packte jetzt dieser den Greis und schleppte ihn mit sich in angstverbeultem Laufen. Vor dem Dorf sah sie der Sturm mit voller Wucht. Der Alte fiel nieder und schlug in den Schnee wie ein abgequältes Pferd. Der Junge stieß gegen einen Baum, trampfte sich mit beiden Fäusten fest und rang mit offenem Munde nach Luft, sich schützend wie im Fieber und den ihm in den Mund getriebenen Schnee heruntergurgelnd und murgelnd. „Dunnet Knispelchen... Kinnern... Masemattenmacher... Schneehafen... hi... ver...“ fräuchte eine heisere Stimme hinter ihnen, „was is los?!... los?!... was rennt 'r?!... d'r Teibel... der eich jagt?!... hi... hi...!“ Der Buckel tauchte aus den Schneewolken auf, selbst einer Schneewolke gleich, und lachte und hustete und rüchelte und hielt sich die höckerige Brust, die wie ein Stokelbög flog. Die beiden glotzten ihn an wie den Reibhäftigen; den Alten packte die Wut und er hob den Stock, ließ ihn aber wieder sinken, weil der Atem aussetzte; auf Knie und Hände gestützt, rang er mit zu Boden gesenktem Kopfe nach Luft. „Kinnern...“ freischte der Buckel, und lachte in tosendem Husten, „Kinnern...“ dann raus aus 'ner Winde... seh... t... eich... holte wat fannst!... der Klemmorskarl... if hodd 'n jerochen... keine Schindmähre steht do... vor 'm Ausschank... d'r Schuder kumt halt nimmer weil sein... do bin ik missehauf... „Schalskopp!“ riefte der Alte und schnaukte weiter, „Schalskopp!“ Der Buckel lachte und hustete dozornisch wie eine Rohrdommel: „Summ erst hoch... immer hoch den Kopp... Wännelken... un dann redt wieder!“ In diesem Augenblick fiel der Grünling zu Boden, müßte das Gesicht in den Schnee, schlug mit den Händen blindlings um sich und kratzte die Hände ins Haar furchtbar aufwühlend. Die beiden anderen schauten ausdruckslos. Der Alte erhob sich, nahm seinen Stock, schwankte ein paar mal hin und her und starrte zu Boden. Der Buckel hopfte von einem Bein aufs andere, ließ dann in den Schnee hinaus und kam mit dem Hute des Jungen in der Hand zurück. „Doh“, logte er so weich es ihm möglich war, stülpste ihm den Hut auf und strich ihm den Schnee von Kopf und Rind. Da sprang der Grünling auf, rief die Fäuste hoch und schützelte

sie gegen das Dorf. „Wehe! wehe! wehe!“ bellte er heiß voll un- ausprechlichen Hoffes wie ein angeschossenes Raubtier, dann wandte er sich, stieß die Fäuste in die Hofenpfähle und stampfte dahin mit zu Boden gesenktem Haupte. Der Alte schloß sich ihm an ohne ein Wort. Der Buckel aber starrte mit offenem Munde; dann schlug er eine Wade auf, so grell und schaurig — ein ganzes Schod rostiger Haken wurde vom Sturm über verwittertes Zinkblech gefagt — und hopfte ihnen nach: „Wehe... wehe... wehe...!“ und er lachte... „wo seid ji wesen?...“ und er lachte... „wo seid ji wesen?!...“ und er lachte... „in de Kirch?!...“ und er lachte den Alten an... „Doh...“ und er schrie, daß der Greis ihn während anschaute... „nee...“ Jungchen... das hädd 'r eich sull'n... sich so 'n schoenen Dog verderb'n... un sich an 'n Pfaff argern... oah! leben sull'n se... lah se leb'n!... nu ja nich... Bruderberg!... immer von de rechte Seite seh'n...!... 's hädd allens seinen Zweck in d'r Welt... ooch mit de Brudersliebe... hier...“ und er zog seinen Buckel hoch, „stüher kunn 't mi nich seh'n lassen... unner Menschen... von wejen de Futterfisse... da bin 't zu Rudder Brün jangen. Die helft jeden... wenn se eenen ooch mal 'n hinken Dreck in de Dogen schmeißt... als heite... jedet Weib had seine Tüden... un wenn mir heite eener bukkiger Hund schimpft... so lah it“... und er lachte... „is ja mon Reib!... ne Leibrente... jag it dir... jleich uff'n Leib jeseht... had m'r schon Bleier injehracht, wo andere sich um 'n Purfcher trumm loosen konnten...! nur seine Radur-jehsenke richtig atfennen muß mon!“ und er lachte und hopfte, daß der Junge wider Willen mitlachen mußte. Es rasselte hinter ihnen und schnauzte. Und schon tauchte es auf aus dem Schnee. Kappend, Kappend, dampfend, pustend, der Gaul... auf ihm hebellos, in flatterndem Mantel und durch den Schneebelag blügendem Helm: der „Epiphopp“. Er stuchte einen Augenblick, als er der drei Gestalten ansichtig wurde, war aber gleich Herr der Situation: „He... ihr...!... nu gud sich 's eener an!“, mit kurzem Zuckend stand der Gaul... „bri so'n Soumetter... Berr!... treib't sich 's Wolf zum!... Was mach't hier...“ „...“ „Oh, herr Generalwachmeister...“ stotterte wehleidig der Krüppel, „nehmen 's nich teibel...!... m'r verlaufen uns holt a wen'g de Beim!“... „Was?!... was?!...“ unterläuteter Himmel... „Drackpaj aalndiger... soll ich dich...?!... wo hast Papierchen?!...“ „Jawull, herr Hauptmann!“ rief der Buckel, und huschte höstig unter 'm Wams.

„Kruppzeug vadammtiges... dahl!... boelt eich!... funst kumt eich heßen...!... mir hier 'Ded an 'n Hals holl'n von wejen eich...!...“ Er rief dem Jungen das Arbeitsbuch aus der Hand und warf einen Blick hinein: „So... so... nu ja... nobler-sch!... Streck...!... Krabben... he... nich...? aber hier uff d'r Landstrah rumstrotzen... he...?!...“ er stieß ihm das Buch wieder zu, das dieser sumum einsteckte. „Ah!...“ sagte der Gewaltige, und blähte vom Bauch des Alten auf, „oh... je nee!... gud sich mal eener bloß so was an...! seine Befellshaft!... nobler Bruder...!... ah!... Wui Teibel...“ und er schmiß ihm das Buch zu, daß es in den Schnee jag. Der Alte häckte sich kurrnd. „Was kurrst du Hund... drackiger?!“ Die Handbewegung war nicht mißzuverstehen. „Untersteht dich und laßt dich noch mal treffen in mein Kender...!... per Schuh... vafesthe?!... Hören und Seh'n verjcht...“ Wajabund...!... na wird 's?!“ und er rief dem Buckel das hingehaltene Buch aus der Hand. Dieser nahm die Knochen zusammen, was selbst in dem zornmühtenden Blick des Bestrengten den Schein eines Rächels weckte. „Markierst den Spargihnenmacher... hä... du...?!... und keine ichon milder werdende Stimme hob sich wieder schärfer... is das äht?!...“ er hielt dem Krüppel das Ausweisbuch unter die Nase. „Aber...“ betauerte der Krüppel, „herr Rittmeister...!“ „halt die Schnauze, du Dreckkimmer! Laufst m'r schon wieder in de Finger!“ und er schlug ihm das Papier ins Gesicht. Der Buckel griff es gewandt auf und ließ es mit erschauerlicher Geschwindigkeit verschwinden. „Habt 'r jebottel?!“ Der Junge schüttelte stumm den Kopf, der Buckel hopfte und dienerie: „J... herr Oberwachmeister... mir hab'n nach Teib... wir haben noch...“ „Wris her!“ „Nu... nu...“ dann stand er Stramm... „m'r haben 's uff Post vorausgeschickt... von wejen 's Schiere...!“ Der Gendarm mußte jetzt wirklich aufschreien: „'s Walle is, daß 'e Maul häßt... Kardas aalndiger...!... will m'r nich weiter mit eich befallen hebe... Wajabundengeig... ab'r laßt m'r eich nich rech amal demlich'n...!...“ „Wist koi's jehdrapp...!...“ er drohte dem Alten, der ihn gar nicht ansah, zupfte seinen Mantel-tragen hoch, schnauzte mit der Junge und setzte sich wieder in Teib. (Fortsetzung folgt.)

